



Von A bis Z für ein soziales Bochum

Tätigkeitsbericht und kommunalpolitisches Nachschlagewerk



DIE LINKE.

im Rat der Stadt Bochum

Von A bis Z für ein soziales Bochum
Tätigkeitsbericht und kommunalpolitisches Nachschlagewerk
(1. Auflage, Oktober 2016)

Herausgeber:
DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum
Rathaus Raum 49
Willy-Brandt-Platz 2-6
44777 Bochum

Redaktion: Rolf van Raden



Vorwort

Liebe Leser*innen,

wie misst sich der Erfolg einer linken Oppositionsfraktion in einem Kommunalparlament? Daran, dass sie öffentliche Debatten über Entscheidungen anstößt, die andere lieber hinter verschlossenen Türen durchsetzen wollen? Daran, dass sie Kritik äußert und außerparlamentarischen Initiativen eine Stimme in den Gremien gibt? Dass sie praktische Gegenvorschläge zu Sozialabbau und Kürzungspolitik entwickelt? Oder daran, dass sich zumindest einige geforderte Detailverbesserungen auf lange Sicht vielleicht doch durchsetzen?

Wir finden, all das ist richtig. Zwei Jahre dürfen wir bereits der Linksfraktion im Bochumer Rat vorstehen. Diese Broschüre ist ein Bericht über die Arbeit unserer Fraktion. Dabei ist für uns klar: Eine linke Fraktion kann niemals im luftleeren Raum existieren. Deswegen wollen wir unsere Erfahrungen mit allen teilen, die mit uns für eine offene Stadt ohne Ausgrenzungen und Benachteiligungen kämpfen. Wir haben dieses Heft als kleines Nachschlagewerk aufgebaut und berichten so, wie wir auch unsere Arbeit gestalten: Engagiert und sachlich, aber parteiisch für soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie in unserer Stadt. Und eins können wir versprechen: Das ist nur ein Zwischenbericht. Wir bleiben am Ball, und freuen uns auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit!

Solidarische Grüße

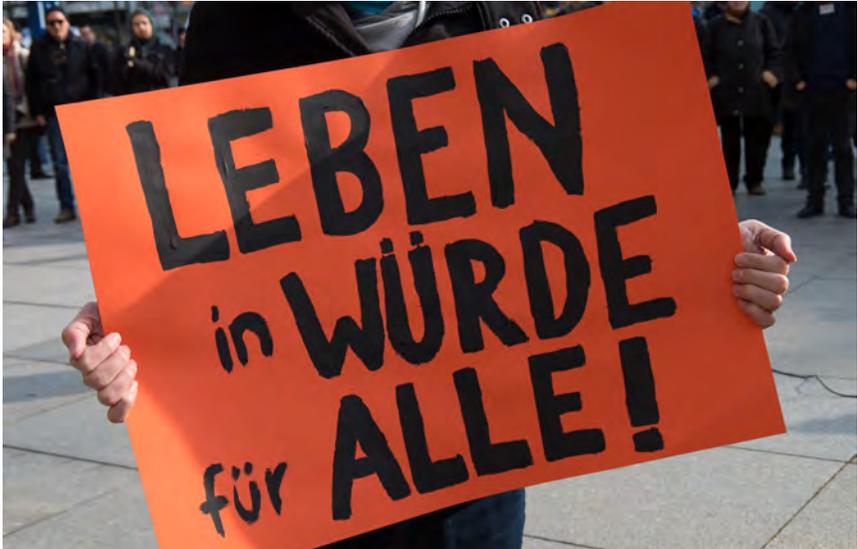
Ralf-D. Lange und Sevim Sarialtun,
Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. im Rat

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Wohnungspolitik: Kommunal und bezahlbar	9
Aktuelle Wohnungskrise	9
Handlungskonzept Wohnen	9
Kommunaler Wohnungsbau	10
Kosten der Unterbringungspolitik	10
VBW	11
Zwangsräumungen	11
Zweckentfremdungssatzung	12
Sozialpolitische Initiativen	13
Frauenhaus absichern	13
Gegen Schulgebühren	14
Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel	14
Heizkostenmoratorium	14
Mehr Geld für Krebs- und Aidshilfe	15
Rückerstattung der Kita-Beiträge	15
Streiks und Arbeitskämpfe	17
Stromsperrern	18
TTIP	20
Verkaufsoffene Sonntage	21
Kulturpolitik: Teilhabe für alle	22
Bochum-Pass ausbauen	22
Freie Kulturszene absichern	22
IGA Ruhr 2027	23
JeKi/JeKits	23
Konzerthaus	24
Rabatte-Debatte	24
Schulraum-Schließung	25
Haushalts- und Beteiligungspolitik	26
Bewirtschaftungsverfügung	26
BVZ-Abriss	27
Kürzungshaushalt	27
Opel-Gelände	28
Privatisierung und Outsourcing	28
RWE-Aktien	29

Schweizer-Franken-Kredite	30
Sparen durch Investieren	31
Steag-Beteiligung	31
Steag-Vattenfall-Deal	32
Gegen Rassismus und rechte Umtriebe	33
AfD	33
Aktionstag gegen Rassismus	34
Bochumer Appell	35
DaSKuT und Pegida	35
Ehrenbürgerschaft für Hindenburg	36
1. Mai 2016	37
Polizeistatistik	38
Rassismus in der CDU	40
Rechte Gewalt	40
Rechtsterrorismus	40
Springerplatz	41
Städtekoalition gegen Rassismus	41
Gleiche Rechte für Geflüchtete	43
Abschiebungs-Offensive	43
Abschiebungs-Zahlen	44
Container	44
Gesundheitskarte	45
Industriezelte	45
Internet	46
Leerstands-Aktivierung	46
Massenunterbringung	47
Outsourcing der Unterkünfte	48
Proteste gegen Industriezelte	48
Unabhängige Beschwerdestelle	49
Unterbringung in Wohnungen	49
Unterbringungs- und Betreuungskonzept	50
VBW und Geflüchtete	51
WG-Zimmer	52
Zentrale Landesaufnahmeeinrichtung (LEA)	52
Für eine sozial-ökologische Verkehrswende	53
AGFS	53
Autofreies Quartier	54
Fördermittel nutzen	54
Klimaschutzkonzept	55

Lärmaktionsplan	55
Opelring	55
Parkstraße	56
Verkehrssicherheit	56
Weitere Aktivitäten	58
Berufsbildungsmesse	58
Empfang der sozialen Bewegungen	59
Rats-TV	60
Straßennamen	61
Auf einen Blick	63
Anfragen der Linksfraktion	63
Anträge der Linksfraktion	66
Wir stellen uns vor	68
Die Linksfraktion im Bochumer Rat	68
DIE LINKE in den Bezirksvertretungen	70
Weitere Gremienmitglieder	72
Geschäftsstelle	76
Kontakt	77
Offene Bürger*innensprechstunde	77
Internet & Social Media	77
Newsletter	78
Von A bis Z: Index	79



Wohnungspolitik: Kommunal und bezahlbar

Aktuelle Wohnungskrise | 60.000 Bochumer Haushalte haben im Jahr 2016 Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein, der dazu berechtigt, in eine Sozialwohnung zu ziehen. Aber mehr als 75 Prozent dieser Berechtigten haben überhaupt keine Chance dazu – denn es gibt in unserer Stadt aktuell weniger als 14.000 Sozialwohnungen. Im Mai 2016 musste die Verwaltung außerdem einräumen: Allen vollmundigen Versprechungen zum Trotz befanden sich zu diesem Zeitpunkt in ganz Bochum gerade einmal sechs Sozialwohnungen im Bau, und Förderzusagen gab es auch nur für 88 weitere. Obwohl Bochum seit dem Jahr 1990 35.000 Einwohner*innen verloren hat, müssen aktuell tausende von Menschen in Industriezelten und Containern leben. Aktuell fehlen in Bochum mindestens 3.500 Neubauwohnungen – und die reichen auch nur, wenn es gelingt, Leerstände zu reaktivieren und ungenutzte Büroflächen in Wohnraum umzubauen. In unseren Augen belegen bereits diese Zahlen das wohnungspolitische Scheitern der rot-grünen Rathauskoalition.

Handlungskonzept Wohnen | Im Juli 2016 haben wir im Rat Änderungen zum geplanten „Handlungskonzept Wohnen“ beantragt. Die zentralen Punkte: Bochum soll die aktuellen Förderprogramme nutzen, um endlich selbst signifikant → kommunalen Wohnungsbau zu betreiben. Darüber hinaus wollten wir die Zahl

der angestrebten neuen Wohnungen erhöhen und als Ziel ebenfalls die Reaktivierung von Leerstand sowie eine höhere Sozialwohnungsquote festschreiben, die ohne Ausnahmen und Hintertüren gelten muss. Außerdem haben wir gefordert: Maßnahmen zur Aufwertung von bestehenden Wohnungen müssen immer verbunden sein mit Maßnahmen gegen die Erhöhung des Mietpreisniveaus in Bochum, denn Wohnen muss bezahlbar bleiben. Die rot-grüne Ratsmehrheit stimmte gegen diese Änderungen.

Kommunaler Wohnungsbau | Mehr Wohnungen in kommunalem Eigentum sorgen für mehr Einfluss der Stadt auf die Mietpreise, auf diskriminierungsfreie Vermietung und auf die Achtung der Rechte von Mieter*innen. Deshalb hat die Bochumer Linksfraktion bereits im Juni 2015 ein kommunales Wohnungsbauprogramm beantragt. Mit unserem Antrag sollte die Verwaltung aufgefordert werden, sofort mit den Planungen zu beginnen, Finanzierungsmodelle vorzustellen und regelmäßig über die Fortschritte zu informieren. Ziel des Programms sollte sein, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, die Zahl der Sozialwohnungen zu erhöhen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Stadt die Standards für menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten durch dezentrale Unterbringung in Wohnungen einhalten kann. Leider werden unsere Initiativen für kommunalen Wohnungsbau jeweils von der rot-grünen Ratsmehrheit abgelehnt. SPD und Grüne verweisen auf Investorenkonferenzen und das geplante → Handlungskonzept Wohnen. Wir fordern weiterhin: Bochum sollte die aktuellen Wohnungsbau-Förderprogramme nutzen, um selbst kommunalen Wohnungsbau zu betreiben. Es reicht nicht aus, lediglich bei Investoren darum zu werben, dass sie die Fördermittel nutzen, um ihre Gewinne zu erhöhen.

Kosten der Unterbringungspolitik | Die Stadt mietet Wohncontainer und Zelthallen an, in denen Geflüchtete unter unwürdigen Bedingungen leben müssen. Diese → Massenunterbringung ist im Vergleich zu regulären Formen des Wohnens absurd teuer: Die Stadt bezahlt dafür zwischen 24 und 60 Euro pro Quadratmeter und Monat. Wenn die Stadt dagegen nachhaltig in kommunalen Wohnungsbau und den Aufkauf von Leerstand investieren würde, dann könnte sie einer vierköpfigen Familie eine Wohnung mit 24 Quadratmetern pro Person zur Verfügung stellen – zum gleichen Preis, den sie aktuell für eine Containerunterbringung mit 6,6 Quadratmetern pro Person ausgibt. Und trotzdem hätte sich der Kauf dieser Wohnung innerhalb von nur zehn bis zwölf Jahren komplett refinanziert – allein dadurch, dass die absurd teuren Wohncontainer nicht gebraucht würden. Auch deshalb fordern wir vehement den Aufbau eines kommunalen Wohnungswesens.

VBW kommunalisieren | Anders als viele andere Kommunen besitzt Bochum kein kommunales Wohnungsbauunternehmen. An der VBW ist die Stadt nur indirekt mit einem 51-prozentigen Anteil beteiligt. Privatkonzerne wie der umstrittene Mietpreis-Maximierer Vonovia (früher: Deutsche Annington) mischen kräftig mit und können eine sozialere Politik der VBW verhindern. Daher haben wir im Februar 2016 eine Initiative zur Kommunalisierung der VBW gestartet. Wir fordern, dass die Stadt weitere Anteile der bisher halbstädtischen Wohnungsbaugesellschaft VBW kauft. Mit dem Ankauf wollen wir den Einfluss der kommunalen Gremien und die demokratische Mitbestimmung stärken sowie die Handlungsspielräume der Stadt erhöhen. Sollte eine Kommunalisierung der VBW scheitern, fordern wir eine Debatte über Gründung einer neuen und tatsächlich kommunalen Wohnungsbaugesellschaft.

Zwangsräumungen | Zwangsräumungen bleiben ein ernsthaftes soziales Problem in Bochum – das ist im Juni 2015 durch die Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage erneut deutlich geworden. In den vergangenen zehn Jahren sind in Bochum demnach jährlich zwischen 148 und 224 Wohnungen zwangsgeräumt worden. Im Jahr 2014 waren es 202 Wohnungen. Angesetzt wurden sogar deutlich mehr Zwangsräumungen, im Jahr 2014 zum Beispiel 301. Es ist davon auszugehen, dass der Druck auf die Betroffenen in vielen Fällen bereits so groß geworden ist, dass sie vor der endgültigen Räumung aufgegeben haben. Die Zwangsräumungen treffen praktisch ausschließlich Menschen, die von der Hartz-IV-Verarmungspolitik betroffen sind. Keine Antwort erhielten wir auf die Frage, wie viele Kinder in den vergangenen Jahren von Zwangsräumungen betroffen waren. Allerdings weiß die Verwaltung von zwei Suizidversuchen im Zusammenhang mit Zwangsräumungen in Bochum. Als Linksfraktion treten wir dafür ein, dass Wohnen als soziales Grundrecht in Bochum endlich anerkannt wird. Zwangsräumungen stellen für die Betroffenen eine Katastrophe dar, die zu Wohnungslosigkeit und anderen sozialen Verheerungen führt. Deswegen müssen Zwangsräumungen verhindert werden, und das Recht auf Wohnen muss öffentlich ausreichend gefördert werden.

Jahr	Angesetzte Zwangsräumungen	Stattgefundene Zwangsräumungen
2004	308	172
2005	264	166
2006	252	148
2007	261	158
2008	287	182
2009	273	151
2010	302	204
2011	330	219
2012	361	224
2013	281	168
2014	301	202

Tabelle 1: Zwangsräumungen in Bochum 2004-2014.

Zweckentfremdungssatzung | Darüber hinaus fordert die Bochumer Linksfraktion, dass die Stadt eine Wohnraum-Zweckentfremdungssatzung erlässt. Eine solche Satzung würde längerfristigen Leerstand melde- und genehmigungspflichtig machen. Dadurch erhält die Stadt einen Überblick darüber, wo es jeweils aus welchen Gründen ungenutzten Wohnraum gibt. Nur, wenn diese Daten vorliegen, kann die Kommune dabei helfen, Vermietungshemmnisse aus dem Weg zu räumen und ggf. den Besitzer*innen auch Angebote zur Anmietung oder zum Kauf des Leerstands machen. Sollte es keine plausiblen Gründe für den Leerstand geben, erhöht eine Zweckentfremdungssatzung außerdem den Druck auf die Besitzer*innen, ihre Wohnungen zu marktüblichen Preisen anzubieten und sich stärker um eine Vermietung zu kümmern. So würde der Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ auch auf dem Bochumer Wohnungsmarkt zur Geltung kommen.



Sozialpolitische Initiativen

Frauenhaus absichern | Das Frauenhaus Bochum bietet von Gewalt betroffenen Frauen sowie ihren Kindern eine geschützte Wohnmöglichkeit auf Zeit. Aber: Anders als in manchen anderen Städten werden in Bochum Aufenthalte nur finanziert, wenn die Frauen Anspruch auf Sozialleistungen haben. Außen vor bleiben so zum Beispiel Studentinnen, BAFÖG-Berechtigte, Frauen ohne Aufenthaltstitel und EU-Bürgerinnen mit Freizügigkeit zur Arbeitsaufnahme. Um diese unhaltbare Situation zu ändern, haben wir im Juni 2016 eine Initiative zur gesicherten Finanzierung des Frauenhauses gestartet. Das Ziel: Die Finanzierung im städtischen Haushalt soll auf ein Pauschalmodell umgestellt werden. Denn Bochum setzt aktuell auf eine Tagessatz-Finanzierung. Dabei werden die Kosten des Frauenhauses auf die von Gewalt betroffenen Frauen und ihre Kinder umgelegt. Die Folgen: Frauen ohne genügend Einkommen müssen für den Aufenthalt Sozialleistungen beantragen – auch wenn sie für ihren Lebensunterhalt sonst keine Sozialleistungen bräuchten. Wer keinen Anspruch auf Sozialleistungen hat, fällt gänzlich durchs Raster und wird schlimmstenfalls sogar abgewiesen. DIE LINKE. im Rat ist der Überzeugung, dass Schutz- und Unterstützungsangebote unabhängig davon zugänglich sein müssen, ob die Frauen eigenes Einkommen haben oder Sozialleistungen beziehen, aus welchem Ort oder Land sie kommen oder welchen Aufenthaltsstatus sie haben.

Gegen Schulgebühren | Sowohl im Februar 2015 als auch im Mai 2016 haben wir gegen Beitragserhöhungen für die Betreuungsangebote an den Bochumer Schulen gestimmt. Denn wir sind der festen Überzeugung: Bildung ist ein Grundrecht und schulische Angebote müssen ohne finanzielle Hürden zugänglich sein. Mit der Erhöhung 2015 haben SPD und Grüne gleichzeitig die städtische Finanzierung um 300.000 Euro gekürzt und gleichzeitig das Angebot verschlechtert. Im Jahr darauf wurde es nochmal teurer. Wir kritisieren, dass damit das bereits im Jahr 1919 abgeschaffte Schulgeld durch die Hintertür quasi wieder eingeführt wird. Als LINKE setzten wir uns für ein vollständig öffentlich finanziertes Bildungssystem ein.

Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel | Eigentlich hatte Sozialdezernentin Britta Anger (Grüne) bereits alles eingetütet: Ohne Beschluss der politischen Gremien wollte die Verwaltung die Erstellung eines „grundsicherungsrelevanten Mietspiegels“ ausschreiben. Denn eine Beratungsagentur hatte der Stadt in Aussicht gestellt: Mit einem solchen Mietspiegel könne sie Sozialkürzungen von bis zu 1,38 Millionen Euro pro Jahr durchsetzen. Dagegen hat die Bochumer Linksfraktion seit Bekanntwerden des Vorstoßes vehement protestiert. Mit einem Antrag zur Ratssitzung im November 2015 haben wir dafür gesorgt, dass über das Vorhaben noch einmal diskutiert werden musste. Wie auch der Mieterverein haben wir die Stadt aufgefordert, den Plan zu begraben. Nach der von uns auf die Tagesordnung gebrachten Diskussion hat der Rat dann beschlossen, das Vorhaben der Verwaltung umgehend zu stoppen. Stattdessen soll die Verwaltung nun mit dem bestehenden Arbeitskreis Mietspiegel zusammenarbeiten, um den bisherigen qualifizierten Mietspiegel weiter zu entwickeln.

Heizkostenmoratorium | Gegen die Stimmen der Linksfraktion hat der Bochumer Rat im März 2016 beschlossen, die Heizkosten für Empfänger*innen von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe zukünftig nicht mehr grundsätzlich in tatsächlicher Höhe übernehmen. Bei Haushalten, deren Kosten über den Werten des bundesweiten Heizkostenspiegels liegen, soll jetzt eine Einzelfallprüfung erfolgen, an deren Ende eine Leistungskürzung stehen kann. Der Heizkostenspiegel ist eigentlich dafür da, um Rückschlüsse zu ermöglichen, ob ein Haus saniert werden muss. Zur Bewertung der Heizkosten von Bewohner*innen einzelner Wohnungen ist er weder gedacht noch geeignet. Als Alternative haben wir beantragt, dass die Stadt zusammen mit dem Mieterverein ein Verfahren zur Überprüfung hoher Heizkostenabrechnungen auf sachliche Richtigkeit und mierechtliche Zulässigkeit entwickelt. Denn wenn Heizkostenabrechnungen hoch sind, sind sie häufig auch falsch. Weitere Gründe für hohe Heizkosten sind bauliche Mängel, defekte Fenster und überhöhte Anschluss-, Messdienst- sowie

Wartungsleistungen. Auch hier hilft eine Beratung viel mehr als die Drohung mit Leistungskürzungen. Deshalb fordern wir, dass Mitgliedsbeiträge für den Mieterverein im Rahmen der Kosten der Unterkunft regulär übernommen werden. Aktuell kann lediglich bei einer Beratungsstelle ein Beratungsschein beantragt werden. Auch Energieberatungen sollen einfacher zugänglich werden. Diesen Vorschlägen ist die rot-grüne Koalition bisher nicht gefolgt.

Mehr Geld für Krebs- und Aidshilfe | Im Februar 2015 haben wir beantragt, dass die Stadt die Förderung der Aidshilfe Bochum und der Selbsthilfegruppe für Krebsbetroffene erhöht. Durch jahrelange strukturelle Unterfinanzierung waren bei beiden Trägern unverzichtbare Angebote in Gefahr. Schon damals konnte sich unser Anliegen in Bezug auf die Selbsthilfegruppe durchsetzen – der Förderbetrag wurde erhöht. Dagegen lehnte die rot-grüne Mehrheit die dringend notwendige Erhöhung der Gelder für die Aidshilfe zu diesem Zeitpunkt noch ab. Um so mehr freuen wir uns, dass das bei den Beratungen im Jahr 2016 anders gewesen ist: Bereits die Vorlage der Verwaltung sah einen Teil der dringend notwendigen und von uns geforderten Erhöhung vor, und der Rest konnte im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales per Änderungsantrag beschlossen werden – und zwar mit der nahezu identischen Argumentation, die wir an gleicher Stelle schon 2015 vertreten haben.

Rückerstattung der Kita-Beiträge | Seit Beginn des Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst 2015 hat die Bochumer Linksfraktion gefordert: Die Stadt Bochum muss den betroffenen Eltern die Kita-Gebühren für die Streikzeit erstatten. Zunächst hatten Personaldezernentin Birgitt Collisi (SPD) sowie Stadtkämmerer Manfred Busch (Grüne) dieser gemeinsamen Forderung von Gewerkschaften, Elterninitiativen und auch der Linksfraktion widersprochen. Der massive Druck führte allerdings dazu, dass SPD und Grüne ihre Position teilweise korrigieren mussten. Mit der Antwort auf eine Anfrage unserer Fraktion ist nämlich klar geworden: Durch den Streik hat die Stadt mindestens eine halbe Million Euro an Gehältern eingespart. Gleichzeitig hat sie etwa 93.000 Euro an Kita-Gebühren kassiert, ohne eine Gegenleistung zu erbringen. Wir haben daher im Rat beantragt, die Kita-Gebühren zu erstatten und die übrigen Einsparungen für die zusätzliche Verbesserung der Ausstattung in den städtischen Kindertageseinrichtungen zu nutzen. Dem ist die Mehrheit nur teilweise gefolgt: Die Kita-Beiträge wurden als Ausgleich für einen Monat nicht erhoben. Den zweiten Teil unserer Forderung hat die Mehrheit abgelehnt: Leider haben SPD, CDU und Grüne gemeinsam dagegen gestimmt, dass die zusätzlich durch den Streik eingesparte Summe von etwa einer halben Million Euro in die Verbesserung der Situation an den Kindertagesstätten investiert wird.



Streikende Kita-Beschäftigte nicht bezahlen, aber Kita-Gebühren trotzdem kassieren? So nicht, Rot-Grün! Die Bochumer Linksfraktion fordert Solidarität mit den Streikenden und die Erstattung der Kita-Beiträge ab dem ersten Streiktag.



29.05.2015: DIE LINKE. auf dem ver.di-Solidaritätsfest für die Streikenden des Sozial- und Erziehungsdienstes am Bochumer Husemannplatz.



26. April 2016: 15.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sind dem Aufruf von ver.di zur zentralen Warnstreik-Kundgebung nach Bochum gefolgt.

Streiks und Arbeitskämpfe | Als einzige Fraktion im Bochumer Rat unterstützen wir konsequent die Bochumer Beschäftigten bei ihren Streiks und Arbeitskämpfen. Während sich SPD und Grüne insbesondere bei den Auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst auffällig bedeckt halten, sagen wir: Die Tarifkonflikte gehen auch die Bochumer Lokalpolitik an! Schließlich ist der öffentliche Dienst das Rückgrat unserer öffentlichen und sozialen Infrastruktur. Auch während des Warnstreiks der Lehrer*innen im März 2015 haben wir deutlich gemacht, dass der Arbeitskampf Teil einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung für ein ausreichend finanziertes Bildungssystem ist. Denn gute, sozial gerechte Schulen sind nur mit gut bezahlten Lehrerinnen und Lehrern zu machen. Während des Streiks für eine Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe im Sommer 2015 haben wir bei den betroffenen Eltern um Solidarität und Verständnis geworben. Auf politischer Ebene haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Stadt Bochum ihre Vogel-Strauß-Politik beendet, sich vor ihre Beschäftigten stellt und sich für ein Ende der Blockadehaltung der kommunalen Arbeitgeber einsetzt.

Stromsperren | Als Linksfraktion haben wir darauf hingewiesen, dass die Anzahl der Stromsperren in Bochum explodiert. Auf unsere Anfrage hin hat die Verwaltung die Statistik darüber fortgeschrieben, in wie vielen Häusern und Wohnungen die Stadtwerke den Strom wegen Zahlungsver säumnis abdrehen. Eine Anfrage der Linksfraktion im Jahr 2013 hatte ergeben, dass sich die Zahl der Stromsperren von 2007 (1379 Sperrungen) bis 2012 (2012: 2501 Sperrungen) um mehr als 81 Prozent erhöht hat. Die Antwort auf unsere erneute Anfrage zeigte die Fortsetzung dieser höchst besorgniserregenden Entwicklung: Demnach gab es 2013 insgesamt 3.796 Sperrungen und 2014 allein bis November 3.669 Sperrungen. Mit anderen Worten: Im Vergleich zum Jahr 2007 gab es in Bochum bereits 2013 eine Erhöhung um 175 Prozent. Stromsperren sind ein ernsthaftes soziales Problem, denn ein menschenwürdiges Wohnen ohne Strom ist praktisch nicht möglich. Die Verwaltung erklärte, dass die Vervielfachung der Stromsperren durch eine „stringente Bearbeitung der Inkasso- und Sperraufträge“ ausgelöst worden sei. Den Betroffenen hilft das freilich wenig. In unseren Augen dokumentiert diese Entwicklung die Zuspitzung der sozialen Lage in Bochum. Eine Fortschreibung der Statistik für die Jahre 2015 und 2016 haben wir bereits angefragt.

Jahr	Anzahl
2007	1.379 Sperrungen
2008	1.478 Sperrungen
2009	1.725 Sperrungen
2010	1.816 Sperrungen
2011	2.366 Sperrungen
2012	2.501 Sperrungen
2013	3.796 Sperrungen
2014	3.669 Sperrungen bis Nov. 2014

Tabelle: Zahl der Stromsperren bei den Stadtwerken 2007-2014.



Die Linksfraktion unterstützt die Streikenden – mit Öffentlichkeitsarbeit, solidarisches Besuchen, bei der Belagerung des Rathauses am 3.06.2015, oder hier bei der Streik-Menschenkette am 27. Mai.



19. Februar 2015: Die Bochumer Linksfraktion engagiert sich gegen TTIP und CETA – auf der Straße und im Rat. Die Freihandelsabkommen hätten stark negative Auswirkungen auf Kommunen wie Bochum.



18.04.2015: Linksfraktion auf dem Aktionsmarkt am Bochumer Bongard-Boulevard anlässlich des europaweiten Aktionstags gegen TTIP.

TTIP | Global denken, lokal handeln: Auf Initiative der Linksfraktion war das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP Thema im Bochumer Rat. Vor der Ratssitzung im Februar 2015 haben wir zusammen mit Aktiven aus den sozialen Bewegungen vor dem Rathaus über die Gefahren von TTIP informiert. Auf der Sitzung selbst haben wir beantragt, dass sich der Rat gegen die Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada ausspricht sowie das Dienstleistungsabkommen TiSA ablehnt. Außerdem sollte Bochum der Initiative „10.000 Kommunen TTIP-frei!“ beitreten. In unserer Broschüre „Was hat TTIP mit Bochum zu tun?“ hatten wir zuvor darüber informiert, weshalb die Abkommen auch die Lokalpolitik angehen. Negative Folgen für die Kommune wären höherer Privatisierungsdruck, eine Bedrohung der kommunalen Daseinsvorsorge, mehr Markt und weniger Demokratie. Gegen unseren Antrag im Rat haben SPD, Grüne und die CDU einen gemeinsamen Änderungsantrag eingebracht. Dieser stellte den kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen den vehementen TTIP-Befürworter*innen der CDU und moderaten Kritiker*innen dar: So wurde die von uns beantragte Ablehnung der Freihandelsabkommen durch eine weichgespülte Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände ersetzt, die nur einen kleinen Teil der Probleme thematisiert, die sich aus TTIP ergeben. Immerhin: Ohne unsere ursprüngliche Initiative wäre noch nicht einmal diese sehr zurückhaltende Kritik verabschiedet worden.

Verkaufsoffene Sonntage | Die vom Bochumer Rat gegen unsere Stimmen beschlossenen verkaufsoffenen Sonntage am 2.10. und 11.12.2016 sind rechtswidrig. Weitere Sonntagsöffnungen müssen räumlich eingeschränkt werden. Das war das Ergebnis einer fast neunmonatigen Prüfung der Verwaltung, an deren Ende sie sich der Rechtsauffassung der Linksfraktion anschloss. Seit Dezember 2015 hatten wir auf eine rechtliche Klärung gedrängt. Damals hatte eine große Mehrheit von SPD, CDU und Grünen die Forderung der Gewerkschaften ignoriert, die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage zumindest zu reduzieren. Insgesamt beschloss der Rat so neun Sonntagsöffnungstermine für 2016. Als Anlässe mussten dabei auch Feste erhalten, die offensichtlich extra erfunden worden sind, um verkaufsoffene Sonntage möglich zu machen – ein klarer Verstoß gegen das Ladenöffnungsgesetz. Die Linksfraktion hatte das kritisiert und als einzige Fraktion geschlossen dagegen gestimmt. Im Dezember reichten wir eine Anfrage ein, um klären zu lassen, welche der beschlossenen Sonntagsöffnungen illegal sind. Um trotz Sonntagsruhe öffnen zu dürfen, hatte die Shopping Center Management GmbH des Ruhr-Parks ein „Parkfest“ angekündigt sowie 25 Verkaufsstände zu einem „Weihnachtsmarkt“ erklärt. Ähnlich war es beim „Grubenlampenfest“ des Hannibal-Centers, zu dem die Verwaltung nun erklärte: „Eine solche Veranstaltung, die untrennbar mit den geöffneten Verkaufsstellen verbunden ist, entspricht nicht den Anforderungen, die Rechtsprechung an die erforderlichen Anlässe stellt.“ Wir hoffen, dass die anderen Fraktionen nun endlich damit aufhören, blind die Wunschlisten der Einzelhandelsverbände und Werbegemeinschaften abzunicken. Gemeinsam mit den Gewerkschaften fordern wir, dass die Stadt Bochum grundsätzlich auf Sonntagsöffnungen verzichtet. Schon jetzt dürfen Läden an sechs Tagen in der Woche sehr lange geöffnet sein. Da sind zusätzliche Öffnungszeiten am Sonntag wirklich überflüssig. Das wirtschaftliche Interesse der Unternehmen ist nicht wichtiger als das Interesse der Beschäftigten an einem gemeinsamen freien Tag.



Kulturpolitik: Teilhabe für alle

Bochum-Pass ausbauen | Wir wollen die Bochumer Kulturangebote für alle zugänglich zu machen. Deshalb fordern wir einen Ausbau des Bochum-Passes. Mit dem Pass erhalten Bochumer*innen mit geringem Einkommen Ermäßigungen bei einigen städtischen Einrichtungen. Wir wollen erreichen, dass der Pass allen Berechtigten, von denen die Stadt oder das Jobcenter wissen, automatisch zugeschickt wird. Unser Ziel ist außerdem, dass an allen öffentlich bezuschussten Kultureinrichtungen in Bochum ein festes Eintrittskarten-Kontingent zum Preis von maximal 3 Euro eingeführt wird. Nur so kann angesichts der viel zu geringen ALGII-Leistungen gewährleistet werden, dass die von der Allgemeinheit mitfinanzierten Einrichtungen auch von allen genutzt werden können. Mit einer Anfrage lassen wir klären, welche Schritte Politik und Verwaltung vornehmen müssen, damit der Bochum-Pass den Berechtigten ohne gesonderten Antrag zugestellt werden kann. Außerdem wollen wir wissen, wie die städtische Finanzierung bzw. Förderung im Rahmen der Haushaltsberatungen angepasst werden muss, um feste Kontingente an 3-Euro-Tickets ohne Nachteile für die Kultureinrichtungen umzusetzen.

Freie Kulturszene absichern | Ein halber Erfolg lässt sich bei der Absicherung der freien Kulturszene verbuchen. Nach regelmäßigen Protesten gegen die Kürzungen im Kulturbereich, an denen sich auch die Linksfraktion beteiligte, hat

die Verwaltung im Dezember 2015 endlich auf eine zentrale Forderung reagiert: Zusammen mit den Aktiven der freien Szene hatten wir gefordert, die Träger der Kulturarbeit mit längerfristigen Verträgen gegen noch größere Haushaltskürzungen abzusichern. Die Vorlage blieb allerdings in einem wichtigen Punkt hinter den Forderungen der Kulturschaffenden zurück: So wollte die Stadt die Förderungen nur für zwei Jahre statt für drei Jahre rechtsverbindlich zusichern. Die längere Laufzeit wäre allerdings wichtig, weil die Träger der Kulturarbeit selbst längerfristige Verpflichtungen eingehen müssen – zum Beispiel im Rahmen von Arbeitsverträgen. Um der fortschreitenden Prekarisierung im Kulturbereich entgegenzuwirken, haben wir einen Änderungsantrag vorgelegt. In ihm forderten wir eine Verlängerung der Vertragslaufzeit auf drei Jahre. Außerdem forderten wir, dass die Stadt endlich einen Kulturentwicklungsplan erstellen muss. Die von uns beantragte nachhaltigere Absicherung der Kulturschaffenden haben SPD, Grüne und CDU mit ihren Gegenstimmen leider verhindert.

IGA Ruhr 2027 | Mit großer Mehrheit hat der Bochumer Rat im April 2016 dafür gestimmt, dass sich die „Metropole Ruhr“ als Austragungsort für die Internationale Gartenbauausstellung 2027 bewerben soll. Der rot-grün-schwarzen Begeisterung für die Großveranstaltung haben wir ein paar kritische Anmerkungen hinzugefügt: Wir sehen durchaus die Chancen, die sich daraus ergeben können. Auf der anderen Seite steht jedoch unsere Kritik an einer Politik, die lieber auf Mega-Events statt auf nachhaltige, dauerhafte und verlässliche Strukturförderung und Förderung der vor Ort Aktiven setzt. Außerdem gibt es Bedenken, dass durch die IGA bisher öffentlicher und für alle kostenfrei nutzbarer Raum – zumindest zeitweise – der Öffentlichkeit entzogen und nur einer zahlenden Kundschaft zugänglich werden könnte. Im weiteren Prozess werden wir uns dafür einsetzen, dass es zu keiner Schließung des öffentlichen Raums durch Bezahlschranken kommt. Aus einer Bewerbung muss unserer Meinung unmissverständlich hervorgehen, wie die für solche Events sonst üblichen Verdrängungseffekte vermieden werden. Außerdem darf der Verweis auf mögliche IGA-Projekte nicht als Argument dafür herhalten, Infrastruktur-Maßnahmen und dringend notwendige Instandsetzungen auf die lange Bank zu schieben.

JeKi/JeKits | In der Auseinandersetzung um das in Bochum entwickelte Förderprogramm „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi) haben wir uns dafür eingesetzt, dass das Programm nicht zusammengekürzt wird. Leider ist dies dennoch geschehen. Unter dem Namen „Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ (JeKits) müssen Eltern in unserer Stadt nun für weniger Förderung mehr zahlen. Wir haben JeKits als eine Mogelpackung der rot-grünen Landesregierung in Düsseldorf kritisiert: Durch die Integration von bestehenden Angeboten für

Gesang und Tanz in das Förderprogramm wurde die Möglichkeit eröffnet, statt qualifiziertem und aufwendigem Instrumentenunterricht alternativ Musik und Tanz in großen Gruppen anzubieten. Das ist eine Kürzungsmaßnahme zu Lasten der Kinder. Insgesamt unterschreitet das von der Landesregierung vorgelegte JeKits-Programm alle Erwartungen: Der Förderzeitraum wurde halbiert, die Förderung wurde von pro Kopf und Kind auf Stunden umgestellt, die Gruppenstärke wurde erhöht – und das alles bei höheren Gebühren für die Eltern. Dadurch sinkt insbesondere der Anteil der Kinder aus ärmeren Familien, die an dem Programm teilnehmen. Als Linksfraktion fordern wir, die Gebühren abzubauen statt zu erhöhen und das Angebot zu verbessern statt zu verschlechtern.

Konzerthaus | Symphonie, Konzerthaus, Musikzentrum, Musikforum: Auch die mehrfache Umbenennung des umstrittenen Bauprojekts kann nicht über die Probleme und Skandale hinwegtäuschen, die mit ihm verbunden sind. Über Jahre hinweg haben die Verwaltung, SPD, CDU und Grüne in Bochum versucht, die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Kosten zu täuschen. Mit künstlich kleingerechneten Bau- und Betriebskosten wurde der Bau durchgesetzt: Angeblich sollten die geplanten 33,3 Millionen Euro fast vollständig durch Fördermittel und private Spenden gegenfinanziert werden. Inzwischen sind die Kosten um etwa zehn Millionen Euro gestiegen: Mehrkosten, die trotz der sonstigen Kürzungspolitik aus dem städtischen Haushalt beglichen werden. Weil angekündigte Termine mehrfach nicht eingehalten wurden, waren sogar die vom Land NRW und der EU zugesagten Fördergelder in Höhe von 16,53 Millionen Euro in Gefahr. Weitere Kostensteigerungen wurden im Mai 2016 bekannt: Zusätzlich zu allen bisher für eingeplanten Geldmitteln für das Musikzentrum und die Symphoniker ging die Verwaltung von einer Mehrbelastung des städtischen Haushalts 2016 in Höhe von 700.000 Euro aus. Darin enthalten waren die Kosten für die Eröffnungsfeier und Einnahmeausfälle durch die verspätete Eröffnung, die Stadtkämmerer Manfred Busch und die rot-grüne Rathauskoalition bei der Aufstellung des Haushalts nicht berücksichtigt haben. Wir meinen: Eine solche Politik, die millionenschwere Prestigeprojekte unseriös durchboxt, während vor allem im Sozialbereich und bei der grundständigen Infrastruktur massiv gekürzt wird, schadet unserer Stadt.

Rabatte-Debatte | Die Bochumer Linksfraktion hat den Bau des Konzerthauses als falsche Schwerpunktsetzung in der Kulturpolitik kritisiert, konnte sich aber nicht durchsetzen. Wenn das Musikzentrum jetzt jedoch da ist, muss es offen für alle sein und darf auf keinen Fall ein subventionierter Treffpunkt für die oberen Zehntausend und die politische Klasse werden. Bei Festlegung der Eintrittspreise ist die Ratsmehrheit immerhin in einem Punkt unserem Ände-

rungsantrag gefolgt: Zukünftig können auch Inhaber*innen des Bochum-Passes die günstigeren Last-Minute-Tickets kaufen. Dagegen haben SPD, Grüne und die CDU unseren Antrag abgelehnt, Extra-Rabatte für Ratsmitglieder zu streichen. Auch unser Vorschlag, die Last-Minute-Tickets weiterhin allen Menschen unter 30 Jahren zugänglich zu machen, fand keine Mehrheit. Wir sind der Meinung: Die Bevorzugung von Ratsmitgliedern bei gleichzeitiger Streichung der Last-Minute-Tickets zum Beispiel für Auszubildende ist das völlig falsche Signal.

Schulraum-Schließung | Gegen die Stimmen der Linksfraktion hat der Rat im März 2015 eine „Positivliste“ beschlossen, die festlegt, welche Organisationen außerhalb der Unterrichtszeit Schulräume nutzen dürfen. Der Beschluss hat zur Folge, dass viele Initiativen ausgeschlossen werden. Selbst die Verwaltung wies darauf hin, dass durch die Neuregelung „möglicherweise wegen der zu beachteten Grundsätze (Gleichheitssatz und Willkürverbot) auch einige wünschenswerte Nutzergruppen in Schulräumen zukünftig nicht mehr zugelassen werden dürfen.“ Dennoch stimmten SPD, CDU und Grüne gemeinsam der Änderung zu. Aktive und wünschenswerte Initiativen wie Amnesty International, das Bochumer Bündnis gegen Rechts, das Friedenplenum, das Bochumer Forum für Antirassismus und Kultur, die VVN-BdA, die DFG-VK, der ADFC und viele andere Gruppen haben nun keine direkte und einfache Möglichkeit mehr, Schulräume außerhalb der Unterrichtszeit zu nutzen.



Haushalts- und Beteiligungspolitik

Bewirtschaftungsverfügung | Nur drei Wochen nach Genehmigung des städtischen Haushalts 2016 durch die Bezirksregierung hat Kämmerer Manfred Busch eine faktische 20-prozentige Haushaltssperre („Bewirtschaftungsverfügung“) erlassen, weil das eingeplante Geld doch nicht reichen sollte. Trotz aller Einschnitte prognostizierte er ein Haushaltsloch von 16,9 Millionen Euro. Genau wie im Jahr zuvor hat die Stadt den angeblich ungeplanten Einschnitt am Tag vor dem verlängerten Fronleichnamswochenende verkündet. Besonders dreist: Dieses Mal versuchte Busch, Geflüchteten die Schuld in die Schuhe zu schieben. In seinem offiziellen Schreiben behauptete der Kämmerer, die „wesentlichen Verschlechterungen“ in der Haushaltsplanung resultierten „insbesondere aus notwendigen Mehraufwendungen im Bereich der Flüchtlingshilfe“. Die Linksfraktion hat widersprochen: Schließlich kommen durch die unmenschliche Grenzschießungspolitik deutlich weniger Geflüchtete nach Bochum als bei Verabschiedung des Haushalts prognostiziert. Außerdem spart die Stadt durch den Deal mit dem Land über die Errichtung der → Zentralen Landesaufnahmeeinrichtung (LEA) voraussichtlich einen zweistelligen Millionenbetrag pro Jahr ein. Auch diese finanzielle Entlastung war erst nach Verabschiedung des Haushalts bekannt geworden. Wenn das eingeplante Geld trotzdem nicht reicht, dann liegt das an der unseriösen Haushaltsplanung des Stadtkämmerers und

der rot-grünen Koalition. Nach Bekanntwerden des neuen Haushaltslochs in Höhe von 16,9 Millionen haben wir insbesondere angeblich ungeplante Mehrkosten von 700.000 Euro für den Konzerthaus-Bau als Beispiel für die völlig falsche Prioritätensetzung der rot-grünen Koalition kritisiert. Insgesamt setzt sich in unseren Augen mit den Bewirtschaftungsverfügungen die unsoziale Kürzungspolitik in Bochum fort.

BVZ-Abriss | Für Aufregung sorgte im April 2016 ein Vorstoß von Oberbürgermeister Thomas Eiskirch (SPD): Er stellte Pläne des Verwaltungsvorstands vor, das städtische Bildungs- und Verwaltungszentrum (BVZ) hinter dem Rathaus abzureißen zu lassen. Anschließend soll das wertvolle Grundstück an einen Investor verkauft werden. „Städtisches Eigentum abzureißen und anschließend dann dauerhaft Miete an Privatfirmen zu bezahlen – dieser Vorschlag ist absurd“, kritisierte unser Fraktionsvorsitzender Ralf-D. Lange den Vorstoß. Wir fordern, dass kommunales Eigentum erhalten werden muss. Hintergrund der Privatisierungspläne ist wohl auch, dass die Verwaltung den Investoren unter die Arme greifen will, die den Telekom-Komplex gegenüber vom Rathaus sowie das ehemalige Justizgelände vermarkten wollen. Unter anderem gibt es Bestrebungen, hier eine große Einkaufs-Mall zu bauen. Dem Bauprojekt fehlt jedoch ein großer Ankermieter. Nach den Vorstellungen der Verwaltung könnte die Stadt diese Rolle übernehmen und hier zukünftig Flächen anmieten, die sie nach dem Abriss des BVZ und der Privatisierung des Grundstücks anderswo benötigt. Im BVZ sind aktuell die Stadtbücherei, die Volkshochschule, das Sozialamt, das Jugendamt und das Studieninstitut untergebracht. Die von SPD und Grünen durchgesetzte Kürzungspolitik hat im Laufe der vergangenen zehn Jahre zu einem großen Sanierungsstau an dem erst 36 Jahre alten Gebäude geführt. Bis Ende 2016 will die Verwaltung dem Rat nun genauere Pläne vorlegen. Wir werden jedenfalls keiner Lösung zustimmen, die eine weitere Privatisierung von städtischem Eigentum zur Folge hat.

Kürzungshaushalt | Wie im Vorjahr hat der Rat auch im Januar 2016 gegen unsere Stimmen einen weiteren Kürzungshaushalt beschlossen. Unser Fraktionsvorsitzender Ralf-D. Lange hatte zuvor in seiner Haushaltsrede die SPD und die Grünen kritisiert: „Was Sie uns als Haushaltssicherungskonzept verkaufen wollen, sichert den Haushalt keineswegs, sondern trägt zur Zunahme von Unsicherheit, Unterversorgung und Prekarisierung bei.“ Unter anderem musste sich die rot-grüne Ratsmehrheit scharfe Kritik an der Fortsetzung des Personalabbaus anhören: „Bereits jetzt werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Bochum mehr als doppelt so häufig krank wie der Durchschnitt in den gesetzlichen Krankenversicherungen“, sagte Lange. „Ein Krankenstand von mehr als

acht Prozent statt durchschnittlich weniger als vier Prozent – auch das ist eine Folge von Arbeitsverdichtung.“ Weiter machte er sich für die Forderung der Gewerkschaften stark, dem Personalmangel mit Neueinstellungen zu begegnen. Und er wies auf die absurden Folgen der Kürzungen hin: „Wenn der Technische Betrieb der Stadt oder die Rathaus-IT wegen Personalmangels teure Fremdfirmen beauftragen müssen, obwohl eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter günstiger wären, dann steigen die Kosten. [...] Wenn mit dem Outsourcing noch nicht einmal Kosten gesenkt werden, dann liegt die Vermutung nahe, dass das vor allem ideologisch begründet ist.“

Opel-Gelände | Mark 51°7 – unter diesem Namen soll die halbstädtische Bochum Perspektive 2022 GmbH das ehemalige Opel-Gelände vermarkten. Dabei mussten wir mehrfach miterleben, wie die rot-grüne Ratsmehrheit von ihrem Ziel abgerückt ist, gut bezahlte Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung auf dem Gelände anzusiedeln. Im Februar 2015 hat der Bochumer Rat gegen die Stimmen der Linksfraktion beschlossen, dass auf dem Gelände jetzt doch Logistik-Betriebe wie DHL angesiedelt werden dürfen. Im bis dahin gültigen Bebauungsplan wurde das bewusst ausgeschlossen, denn Logistik-Unternehmen verbrauchen sehr viel Fläche und schaffen wenig qualifizierte Arbeitsplätze. Die Antworten auf unsere Fragen nach Verkehrsaufkommen, Lärm, Feinstaub und CO₂-Emissionen wurden auf noch zu erstellende Gutachten verschoben. Ein zweiter Beschluss wenige Monate später geschah auf Druck der Adam Opel AG, die die Filetstücke rechts und links der Provinzialstraße für das in Bochum verbleibende Warenverteilzentrum nutzen wollte. Denn das ist für den Konzern billiger als die Konzentration auf einem Werksgelände, wo ebenfalls genug Platz wäre. Für Bochum bedeutet die Aufteilung allerdings, dass das restliche Gelände viel schlechter zu vermarkten ist. Trotz dieser negativen Entwicklungen werden wir uns weiterhin für die Ansiedlung von guten und nachhaltigen Arbeitsplätzen in Bochum einsetzen.

Privatisierung und Outsourcing | Die rot-grüne Rathauskoalition treibt in unterschiedlichen Bereichen Privatisierung und Outsourcing voran. Im Dezember 2015 stimmte die Bochumer Linksfraktion gegen die Privatisierung der kommunalen Wochenmärkte, wurde jedoch mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen überstimmt. Daher ist nicht auszuschließen, dass kleinere Märkte, die für den neuen Betreiber unrentabel sind, mittelfristig geschlossen werden. Ein anderes problematisches Beispiel ist das Outsourcing der Bochumer Geflüchtetenunterkünfte. Die Stadt will die Unterkünfte nicht mehr selbst betreiben, sondern Betreiber durch europaweite Ausschreibungen finden. Im April 2016 bestätigte die Verwaltung auf unsere Anfrage hin, dass Sozialdezernentin

Britta Anger (Grüne) keine rechtssichere Möglichkeit hat, rein profitorientierte Konzerne wie das skandalträchtige Unternehmen European Homecare auszuschließen. Auch der von Oberbürgermeister Thomas Eiskirch angekündigte Abriss des Bildungs- und Verwaltungszentrums mit anschließendem Verkauf des Grundstücks kritisieren wir scharf. Wir halten es für grundfalsch, den Substanz- und Kompetenzabbau bei der Stadt durch Privatisierung und Outsourcing weiter voran zu treiben. Unserer Meinung nach ist es Aufgabe der Stadt, öffentliches Eigentum zu erhalten sowie selbst gute und dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen – und damit für andere Teile der Gesellschaft eine Vorbildfunktion einzunehmen.



18.02.2016: Protest gegen das Outsourcing der Bochumer Geflüchtetenunterkünfte vor dem Rathaus Bochum.

RWE-Aktien | Als Linksfraktion fordern wir schon lange, dass Bochum damit aufhört, den Atom- und Kohlekonzern RWE durch das Halten eines Aktienpakets zu unterstützen. RWE ist nicht nur ein Bremsklotz für die Energiewende, sondern er schädigt auch die Städte, die Anteile halten. Dennoch gehören unserer Stadt auch zum Redaktionsschluss dieser Veröffentlichung noch rund 6,6 Millionen RWE-Aktien. Der Wert dieses Aktienpakets ist vom Jahr 2008 bis Anfang 2016 um fast 90 Prozent gefallen. Trotzdem hat die rot-grüne Rathauskoalition das verlustreiche Investment über Jahre hinweg verteidigt und schöngeredet.

Im März 2016 entschied dann der RWE-Aufsichtsrat, den Anteilseignern erstmals keine Dividende auszuzahlen. Anlässlich dieses Affronts stellten wir im Rat einen Dringlichkeitsantrag zum Ausstieg aus den RWE-Aktien. Denn durch die Aufsichtsratsentscheidung entstand im Bochumer Haushalt ein zusätzliches Loch von vier Millionen Euro. Was folgte, war ein langwieriger Prozess, mit letztendlich positiven Ergebnis: Im Juni 2016 hat der Bochumer Rat mit unseren Stimmen schließlich dafür gesorgt, dass die Stadt das umstrittene und verlustreiche Aktienpaket verkaufen kann. Durch die Kündigung einer Schachtelbeteiligung kann Bochum ab Oktober 2016 wieder selbst über die Aktien verfügen. Genau das hatten wir mit unserem Dringlichkeitsantrag bereits ein Vierteljahr zuvor gefordert – damals hatten die anderen Fraktionen noch dagegen gestimmt. Wäre der Beschluss zu diesem Zeitpunkt getroffen worden, hätte die Stadt bereits früher über die eigenen Aktien verfügen können. Wir werden weiter darauf drängen, dass die Stadt nun auch Nägel mit Köpfen macht und die Aktien des unökologischen Energiedinosauriers abstößt.



19.04.2016: Am Vorabend der RWE-Hauptversammlung lud die Bochumer Linksfraktion zu einer Veranstaltung über die verantwortungslose Firmenpolitik des Energieriesen. Umwelt- und Energieexperte Hubertus Zebel (MdB, DIE LINKE) diskutierte Alternativen zur Energieversorgung durch private Großkonzerne.

Schweizer-Franken-Kredite | Große Verluste mussten Stadtkämmerer Manfred Busch und die rot-grüne Rathauskoalition nicht nur bei den → RWE-Aktien verbuchen. Im Januar 2016 informierte Oberbürgermeister Thomas Eiskirch über das schreckliche Ende einer weiteren nahezu unglaublichen Bochumer Fehlspekulation. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Stadt entschieden, ihre Schweizer-Franken-Kredite aufzulösen – mit mehr als 48 Millionen Euro Verlust! Bereits im Jahr 2010 hatte DIE LINKE in Bochum wegen der großen Risiken vor

der Aufnahme von Fremdwährungskrediten gewarnt. Damals hatte Stadtkämmerer Busch allen Warnungen zum Trotz die Kredite über insgesamt 220,8 Millionen Schweizer Franken aufgenommen. Wir sagen damals wie heute: Natürlich kann niemand die Kursentwicklungen von Fremdwährungen voraussehen. Aber gerade, weil das so ist, darf eine Stadt solche Risiken einfach nicht eingehen.

Sparen durch Investieren | Als Alternative zu Privatisierung, Outsourcing und Kürzungspolitik fordern wir eine Politik nach dem Prinzip „Sparen durch Investieren“. Denn die rot-grünen Kürzungen sorgen nicht für eine Haushaltssanierung, sondern machen vieles in Wirklichkeit sogar teurer. Wenn der Technische Betrieb der Stadt wegen Personalmangel teure Fremdfirmen beauftragen muss, dann steigen die Kosten. Auch der durch die Kürzungspolitik verursachte Sanierungsstau an öffentlichen Gebäuden macht alles nur noch teurer. Durch rechtzeitige Investitionen können Millionen eingespart werden. Ein weiteres Beispiel dafür, wie durch kluge Investitionen viel Geld gespart und die Situation in Bochum stark verbessert werden kann, findet sich unter → Kosten der Unterbringungspolitik.

Steag-Beteiligung | Bereits im Juli 2014 hat die Bochumer Linksfraktion gegen den Kauf weiterer Anteile des Kohlekraftkonzerns Steag durch die Stadtwerke Bochum gestimmt. Unserer Meinung nach ist der Deal unethisch, unökologisch und birgt hohe finanzielle Risiken. Der Kauf bindet nun große Investitionsmittel der Stadtwerke, die für ein Umsteuern in Richtung ökologische, dezentrale und soziale Energieversorgung fehlen. Auch für den Bochumer Haushalt kann die Beteiligung zu einer hohen Belastung werden. Der größte Teil der Steinkohle- und Raffineriekraftwerke des Steag-Konzerns ist völlig veraltet. Gutachten kommen zu dem Schluss, dass der Umbau des Konzerns zu einem nachhaltigen und ökologischen Stromerzeuger selbst langfristig nicht möglich ist. Weitere Gründe, die gegen die Übernahme von Steag durch die Ruhrgebiets-Kommunen gesprochen haben: Ein Großteil der Rendite erwirtschaftet Steag in Kohlekraftwerken im türkischen Iskenderun, im philippinischen Mindanao und im kolumbianischen Paipa. In Paipa und Mindanao gehören Steag auch Minenbetriebe und Kohlegruben, in denen unter Missachtung von Gewerkschafts- und Menschenrechten zu einem Drittel des Weltmarktpreises Kohle gefördert wird. Dabei spielen auch Kinderarbeit, großflächige Umweltzerstörung, mangelnde Sicherheitsstandards und die Ausbeutung der indigenen Bevölkerung eine Rolle. Dieses Auslandsgeschäft, das sich jeder demokratischen Kontrolle entzieht, wird nicht abgebaut, sondern noch ausgeweitet. Ein Beispiel dafür ist ein Joint Venture mit dem autokratischen Golfstaat Katar. Deshalb ist der Kauf der Steag

unserer Meinung nach kein begrüßenswerter Schritt zur Kommunalisierung lokaler Infrastruktur, sondern ein schwerwiegender Rückschritt in der kommunalen Beteiligungspolitik.

Steag-Vattenfall-Deal | Im Winter 2015/16 hat die Bochumer Linksfraktion ein klares Nein zur Beteiligung des Steag-Konzerns an den Braunkohle-Aktivitäten des Energieversorgers Vattenfall gefordert. Im November war bekannt geworden, dass der teilweise den Stadtwerken Bochum gehörende Energiekonzern plant, das risikoreiche und unökologische ostdeutsche Braunkohle-Geschäft zu übernehmen. Zunächst hatte der Steag-Vorstand gegenüber den Bochumer Ratsmitgliedern abgestritten, sich in Verhandlungen zu befinden. Später wurde dann eingeräumt, dass man sich „unverbindlich“ informiere. Letztendlich kam heraus, dass die Steag sogar ein verbindliches Übernahmeangebot abgegeben hatte! Trotz dieses Affronts war es nicht einfach, im Bochumer Rat eine schnelle und unmissverständliche Positionierung zu diesen Machenschaften durchzusetzen. Als Linksfraktion forderten wir ein klares Nein zum Erpresserkartell gegen die erneuerbaren Energien. Zunächst waren wir mit einer Verzögerungstaktik von SPD und Grünen konfrontiert: Aufgrund von vagen Aussagen aus dem Steag-Vorstand verzichtete die rot-grüne Ratsmehrheit im November 2015 darauf, die stimmberechtigten Bochumer Vertreter*innen dazu aufzufordern, gegen eine entsprechende Beteiligung zu stimmen, wie es unser Antrag im Rat vorsah. Erst im Januar 2016 entschieden sich SPD und Grüne dazu, einen Beschluss mitzutragen, der sich eindeutig von dem risikoreichen und unökologischen Geschäft distanziert. Insgesamt sehen wir uns durch diese Ereignisse in unserer Auffassung bestätigt, dass die Geschäftspolitik des Steag-Konzerns durch die kommunalen Gremien nicht hinreichend zu kontrollieren ist.



Ratssitzung, 27.01.2016: Horst Hohmeier fordert ein klares Nein zum Steag-Vattenfall-Deal. Auf dem T-Shirt: „RWE, Steag – Hauptsache die Kohle stimmt“.



Gegen Rassismus und rechte Umtriebe

AfD | Im März 2016 mussten wir einige Ratsfraktionen für ihre offene Flanke nach rechts kritisieren. Anlässlich eines Streits um die Wahl des neuen Rechtsdezernenten haben die Fraktionen von CDU, FDP/Stadtgestaltern und UWG sowie das Einzelmitglied der Freien Bürger einen gemeinsamen Antrag mit der rassistischen AfD eingereicht. Eine solche Kooperation mit der rechtspopulistischen Partei gab es im Bochumer Rat zuvor nicht. Im September 2015 hatten in Bochum noch mehr als 500 Menschen gegen den Rassismus und die Stammstisch-Hetze der AfD protestiert. Im Anschluss an die Kundgebung in Bochum drohte ein damaliges Vorstandsmitglied der AfD-Jugendorganisation noch einer jungen FDP-Anhängerin, die sich an den Gegenprotesten beteiligte, mit sexualisierter Gewalt. Auf der Ratssitzung im März 2016 kritisierte unser Fraktionsvorsitzender Ralf-D. Lange die Zusammenarbeit der anderen Fraktionen mit der AfD: „Sie kooperieren also mit der Partei, dessen Vertreter auf der letzten Sitzung des Sozialausschusses noch rassistisch darüber schwadronierte, wie die Stadt es denn verhindern könne, dass Geflüchtete das Gelände der geplanten → Zentralen Landesaufnahmeeinrichtung verlassen – schließlich wüssten wir ja alle, was in Köln passiert sei. Sie machen gemeinsame Sache mit der Partei, die im Bochumer Wahlkampf die Gaspistole zog. Mit einer Partei, über deren mögliche Kontakte zu rechten Hooligans wir lange diskutieren mussten, und die hier

im Rat auch schon versucht hat, die Bedürfnisse von Geflüchteten gegen die von Kindern auszuspielen. Sie kooperieren jetzt also mit einer Partei, in der führende Mitglieder wie Björn Höcke sogar Rassentheorien verbreiten.“ Wir haben die Fraktionen aufgefordert, ihre Strategie kritisch zu reflektieren, ihren Fehler einzuräumen und zukünftig nicht mehr mit der rechtspopulistischen Partei zu kooperieren. Dass die Bochumer AfD keine Ausnahme bei der weiteren Rechtsentwicklung der Partei darstellt, hatte sich unter anderem im Dezember 2015 gezeigt. Damals versuchte die AfD-Fraktion, die Antidiskriminierungsarbeit der Stadt zu schwächen, indem sie beantragte, dass die Mitarbeiterinnen der Gleichstellungsstelle abgezogen werden. Die kulturrassistische Argumentation der AfD: Sie sollten lieber in der Flüchtlingshilfe arbeiten, denn Geflüchtete hätten ja häufig andere Vorstellungen zur Gleichstellung der Frau und zur Akzeptanz von Homosexuellen. Der Versuch der AfD, die Gleichstellungsstelle der Stadt handlungsunfähig zu machen und gegen die Bedürfnisse von Geflüchteten auszuspielen, ist Teil einer neurechten Strategie der Partei. Rechte Aktivist*innen und Funktionsträger*innen versuchen flächendeckend gegen Institutionen der Antidiskriminierungsarbeit vorzugehen und unterfüttern das mit ideologischen Hetz-Begriffen wie „Genderwahn“ oder „Genderismus“.

Aktionstag gegen Rassismus | Zusammen mit mehr als hundert weiteren Bochumer Organisationen haben wir im Juni 2016 zu der bundesweiten Aktion „Hand in Hand gegen Rassismus“ aufgerufen. Im Vorfeld des internationalen Gedenktags für Geflüchtete haben in unserer Stadt rund 8.500 Teilnehmer*innen ein Signal der Solidarität mit den Menschen gesendet, denen auch in Bochum nach wie vor gleiche Rechte vorenthalten werden. Vor Ort haben wir unter anderem die gemeinsame Aktion des Bündnisses Flucht ist kein Verbrechen, des Treffpunkt Asyl und des Refugee Strike Bochum unterstützt: Mit einer absichtlichen 50 Meter langen Lücke in der mehr als drei Kilometer langen Menschenkette haben wir an all diejenigen erinnert, die nicht hier sein können – weil sie aus Bochum abgeschoben worden sind oder auf der Flucht zum Beispiel im Mittelmeer starben. Mehr als einhundert Paar leere Schuhe setzten ein deutliches Zeichen für ein Ende der tödlichen EU-Abschottungspolitik und für ein Bleiberecht aller Schutzsuchenden. Von besonderer Brisanz ist die Aktion, da die Stadt Bochum angekündigt hat, ihre lokale Abschiebepolitik massiv zu verstärken: Demnach will sie mehr als 800 Menschen aus Bochum abschieben lassen. Sollten diese Pläne umgesetzt werden, wäre das mit Abstand die größte Abschiebeaktion in der Geschichte unserer Stadt – mit fatalen Folgen für die Betroffenen. Als Linksfraktion kritisieren wir diese Pläne seit ihrem Bekanntwerden scharf und fordern eine Politik ein, die sich für alle Menschen verantwortlich fühlt, die in unserer Stadt leben.



19.07.2016: Eine 50 Meter lange Lücke in der mehr als drei Kilometer langen Menschenkette gegen Rassismus erinnert alle, die nicht da sein können – weil sie aus Bochum abgeschoben wurden oder auf der Flucht z.B. im Mittelmeer starben.

Bochumer Appell | Im Januar 2016 hat das Bochumer Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit den „Bochumer Appell“ veröffentlicht, den wir als Linksfraktion unterstützten. Damit reagieren wir zusammen mit den anderen Unterzeichner*innen auf die sich zuspitzende rassistische Mobilmachung gegen Geflüchtete. Der Appell weist Rassismus scharf zurück: „Wir dulden keine Hetze, keinen Hass und keine Ausgrenzung!“ Er ist unserer Meinung nach ein wichtiges Zeichen gegen den aktuellen Rechtsruck. Besonders wichtig finden wir, dass er sich ausdrücklich gegen alle Versuche ausspricht, verschiedene Gruppen von Benachteiligten gegeneinander auszuspielen. Stattdessen fordert er unter anderem eine Umverteilung von Reichtum, ein Leben ohne Angst vor Abschiebung, bezahlbaren Wohnraum für alle, ein Ende aller Waffenexporte und Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Armut.

DaSKuT und Pegida | Als Linksfraktion haben wir die Proteste gegen den kleinen Pegida-Ableger DaSKuT am 19. Juni 2016 unterstützt und begleitet. Nur etwa zehn rechte Demonstrant*innen haben sich zu dem angemeldeten Termin auf dem Husemannplatz eingefunden. Mehrere hundert Menschen haben gegen die rassistische Kundgebung protestiert. Leider waren die Proteste gegen die

rechte Hetze von massiven Polizeiübergriffen betroffen. Dazu haben wir einen Augenzeugenbericht unseres Fraktionsvorsitzenden Ralf-D. Lange veröffentlicht. In dem Bericht beschreibt Lange eine völlig friedliche Situation, in der Beamte damit begannen, den Protest hinter den Absperrungen zu filmen: „Ich konfrontierte die Beamten damit, dass Gerichtsurteile das anlasslose Filmen von Versammlungen durch die Polizei untersagen. Der Beamte rechtfertigte sich damit, dass sich dort verummumte Personen aufhalten würden, und daher eine polizeiliche Maßnahme vorbereitet werde. Ich selbst konnte keine verummumten Menschen sehen. Als ich das dem Beamten mitteilte, verwies er etwas hilflos auf eine Person mit Sonnenbrille und eine mit Baseball-Kappe sowie auf ‚schwarze Kleidung‘. Ich wies den Beamten darauf hin, dass sowohl er als auch ich ebenfalls schwarze Kleidung tragen.“ Ralf-D. Lange beobachtete, wie die Polizei mehrmals ohne ersichtlichen Grund versuchte, Demonstrant*innen aus der Menge herauszugreifen. Bei einem solchen Versuch hat die Polizei Augenzeugenberichten zufolge einen unbeteiligten Mann niedergeschlagen. Demnach hat sie auch weiter auf ihn eingetreten, als er bereits am Boden lag. Er musste verletzt mit einem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht werden. „Die Beamten haben eine friedliche Situation völlig unnötig gewalttätig eskaliert“, sagt Ralf-D. Lange. „Dass Geflüchtete eine für den Abend geplante Demonstration für gleiche Rechte, Wohnungen und Bildung unter dem Eindruck der Polizeigewalt abgesagt haben, ist beschämend für unsere Stadt.“

Ehrenbürgerschaft für Hindenburg | Für Unmut und Unverständnis sorgte bei uns der Umgang der Verwaltung mit einem Bürgerantrag, den die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) im Frühjahr 2015 eingereicht hatte. 500 UnterzeichnerInnen forderten darin, dass Paul von Hindenburg die Bochumer Ehrenbürgerschaft aberkannt wird. Allerdings weigerte sich die Verwaltung, den Rat darüber abstimmen zu lassen. In einer Antwort auf die Anfrage unserer Fraktion dazu rechtfertigte sich die Verwaltung damit, dass ihrer Meinung nach Ehrenbürgerschaften mit dem Tod der betreffenden Person erlöschen. Gleichzeitig gab die Verwaltung zu, dass mitunter „nachträgliche Aberkennungen genau wie posthume Zuerkennungen vorgenommen werden“. Das habe jedoch „eher den Charakter einer politischen Stellungnahme“. Wir halten daran fest, dass ein entsprechender Beschluss vom Bochumer Rat getroffen werden sollte. Hindenburg war einer der Initiatoren der Dolchstoßlegende, welche die Reichswehr für „im Felde unbesiegt“ erklärte. Er ernannte außerdem Adolf Hitler zum Reichskanzler und wirkte an der Beseitigung der Weimarer Republik aktiv mit. Der Rat sollte unserer Meinung nach ein deutliches Zeichen setzen, dass Hindenburgs Politik kritisch erforscht, aber definitiv nicht geehrt gehört.



*Unverhältnismäßiger Polizeieinsatz: Am 1. Mai 2016 verletzt die Polizei 50 Menschen, die gegen Neonazis demonstrieren wollen. 500 Gegendemonstrant*innen werden stundenlang in einem Polizeikessel festgehalten und ihres Demonstrationsrechts beraubt.*

1. Mai 2016 | Am 1. Mai 2016 haben in Bochum mehrere tausend Menschen lautstark, bunt und kreativ gegen den Neonazi-Aufmarsch in der Innenstadt protestiert. Für große Diskussionen sorgte im Anschluss jedoch das Verhalten und Vorgehen der Polizei. Bei der Demonstration sind etwa 50 Nazi-Gegner*innen durch Reizgas- und Schlagstockeinsätze sowie durch Tritte und Schläge verletzt worden. Außerdem hat die Polizei rund 500 Menschen, die sich zum Protest gegen die Neonazis zusammengefunden hatten, in der Kortumstraße in einen Polizeikessel eingeschlossen. Dort wurden sie bis zu sieben Stunden lang ihres Demonstrationsrechts sowie ihres Rechts auf Bewegungsfreiheit beraubt. Um die Aktion zu rechtfertigen, hat die Polizei im Anschluss 500 Anzeigen gegen die von der Einkesselung Betroffenen versendet. Einem Demonstranten wurde durch die Polizei der Arm gebrochen, er musste im Krankenhaus behandelt werden. Mit einer Anfrage im Haupt- und Finanzausschuss haben wir den Polizeieinsatz in den politischen Gremien zum Thema gemacht. In der Antwort erklärt die Stadt, dass es im Vorfeld des 1. Mai keinerlei Gespräche zwischen städtischen Behörden und der Polizei gegeben habe. Die Verwaltung betont, dass sie nicht in die umstrittene Entscheidung gegen eine räumliche

Trennung der Neonazi-Demo und der nur 250 Meter entfernt lokalisierten DGB-Kundgebung eingebunden war. Obwohl die Verwaltung erklärt, im Vorfeld des Großereignisses nicht mit der Polizei kommuniziert zu haben, geht sie andererseits trotzdem „grundsätzlich davon aus, dass eine sachgerechte und rechtlich einwandfreie Arbeit der Bochumer Polizei erfolgt.“ In unseren Augen ist sowohl die fehlende Kommunikation als auch die Einschätzung, dass es grundsätzlich nichts zu kritisieren gebe, problematisch. Als Linksfraktion haben wir mit zu den lautstarken, bunten und kreativen Protesten gegen den Neonazi-Aufmarsch aufgerufen und sie vor Ort unterstützt. Bereits am Tag danach haben wir einen Bericht über die Vorfälle veröffentlicht. „Nach einer Auswertung der uns bisher vorliegenden Informationen müssen wir zu dem Ergebnis kommen, dass der Polizeieinsatz unverhältnismäßig war“, sagte darin unser Fraktionsvorsitzender Ralf-D. Lange.

Polizeistatistik | Im Juli 2016 haben wir eine kritische Auswertung der Polizeistatistiken zu rechter Gewalt in Bochum veröffentlicht. Das Ergebnis: Im Jahr 2015 ist die Zahl der rechten Gewalttaten in Bochum stark gestiegen. Insgesamt 17 Körperverletzungen, die der Polizei im Jahr 2015 bekannt geworden sind, ordnet sie als „politisch rechts motiviert“ ein. Im Jahr 2014 waren es nur drei. Unabhängig von dieser besorgniserregenden Steigerung gehen wir davon aus, dass die Statistik längst nicht alle rassistisch motivierten Taten erfasst. Einige der Zahlen sind unglaublich. Zum Beispiel sollen der Bochumer Polizei im gesamten Jahr 2015 lediglich vier politisch rechts motivierte Beleidigungen bekannt geworden sein. Und nur eine einzige Person soll in Bochum durch Neonazis oder andere Rechte bedroht worden sein. Wir sind davon überzeugt, dass diese niedrigen Zahlen nichts mit der Realität zu tun haben. Zum einen gibt es eine große Dunkelziffer, weil viele von rechten Straftaten Betroffene sich nicht trauen, diese bei der Polizei anzuzeigen. Außerdem müssen wir davon ausgehen, dass die Polizei einige rassistisch motivierte Straftaten nicht als solche erkennt beziehungsweise einordnet. Darauf deutet jedenfalls folgender Fakt hin: Signifikant hohe Fallzahlen weist die Statistik lediglich in jenen Deliktgruppen auf, in denen der rechte Kontext bereits aus der Straftat selbst heraus feststeht, nämlich bei „Volksverhetzung“, beim „Verbreiten von Propagandamitteln“ und beim „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“. Zieht man diese nicht anders einzuordnenden Fälle ab, soll es in Bochum im gesamten Jahr lediglich 24 weitere politisch rechts motivierte Straftaten gegeben haben – inklusive der 17 Körperverletzungen. Die Bochumer Polizei muss hier dringend transparenter werden. Und wir brauchen Strukturen, die dafür sorgen, dass rassistisch motivierte Straftaten auch als solche erfasst und ernst genommen werden.

Polizeistatistik:

Von der Polizei als „politisch rechts motiviert“ eingedordnete Straftaten in Bochum

(In Klammern: Aufklärungsrate)

Deliktgruppe	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Branddelikte			2 (100%)					
Sprengstoffdelikte			1 (100%)					
Landfriedensbruch	1 (100%)							
Körperverletzungen	9 (77,8%)	5 (100%)	7 (71,4%)	12 (91,7%)	7 (57,1%)	6 (100%)	3 (100%)	17 (64,7%)
Widerstand			1 (100%)	2 (100%)		1 (100%)		
Bedrohungen/Nötigungen		2 (100%)	4 (50%)	2 (50%)	2 (50%)		1 (100%)	1 (0%)
Sachbeschädigungen	3 (0%)	3 (33,3%)	16 (43,8%)	14 (7,1%)	7 (14,3%)	3 (0%)	4 (0%)	4 (0%)
Verbreiten von Propagandamitteln + Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	73 (45,2%)	63 (33,3%)	59 (33,9%)	70 (30,0%)	54 (29,6%)	59 (45,8%)	49 (36,7%)	46 (43,5%)
Volkshetze	18 (72,2%)	22 (63,6%)	15 (53,3%)	16 (68,8%)	6 (33,3%)	19 (63,2%)	15 (66,7%)	30 (63,3%)
Störung des öffentl. Friedens								2 (50%)
Beleidigungen	4 (50%)		5 (60%)	9 (66,7%)	5 (60%)	3 (66,7%)	8 (62,5%)	4 (25%)
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz							1 (100%)	
Sonstige Straftaten		3 (0%)	4 (75%)	2 (50%)	1 (100%)	2 (0%)	2 (0%)	1 (100%)
Summe gesamt	118	108	125	141	89	100	86	100
Summe ohne Volkshetze/§§ 86, 86a	27	23	51	55	29	22	22	24
Summe politisch rechts motivierter Gewaltdelikte	10	5	11	14	7	7	3	17

Quellen: Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum vom 27.01.2016, Mitteilung der Verwaltung Nr. 2016/0422 / Polizeistatistik

Rassismus in der CDU | Im Oktober 2015 haben wir die Bochumer CDU öffentlich aufgefordert, Konsequenzen aus der rechten Hetze ihrer Fraktion in der Bezirksvertretung Süd zu ziehen. Hintergrund war eine Anfrage in der Bezirksvertretung. In ihr behauptete die CDU-Fraktion, dass es „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit“ und „zum Schutze der Bevölkerung“ notwendig sei, Geflüchtete, denen der Schutz des Asylrechts verwehrt wird, unverzüglich abzuschieben. Die Begründung der CDU für die Forderung: „In Bochum ist bereits seit einiger Zeit eine stetig wachsende Zahl an Einbrüchen und Raubüberfällen festzustellen; viele Bürger haben Angst.“ Wir haben darauf hingewiesen, dass es zumindest im Vorjahr keinen Anstieg, sondern einen Rückgang der Wohnungseinbrüche in Bochum gegeben hatte, und dass es eine absurde rassistische Unterstellung ist, ausgerechnet Geflüchtete für Einbrüche und Raubüberfälle verantwortlich zu machen. Das widerspricht allen polizeilichen Erkenntnissen. Trotzdem hatte die CDU mit der Behauptung irrationale Ängste geschürt und versucht, das Klima in unserer Stadt zu vergiften. Bereits im Mai 2015 war ein Mitglied der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Süd wegen rechter Hetze in die Schlagzeilen geraten. Damals wurde CDU-Bezirksvertreter Gerd Falke wegen Volksverhetzung angezeigt. Falke hatte auf Facebook wiederholt Neonazi-Beiträge verbreitet, die Neonazi-Partei „Die Rechte“ und andere extrem rechte Gruppen mit ‚gefällt mir‘ markiert und Geflüchtete unter anderem als „respektlose Parasiten“ bezeichnet. Im April 2016 wurde der CDU-Bezirksvertreter vom Bochumer Amtsgericht der Volksverhetzung für schuldig gesprochen. Zum Redaktionsschluss dieser Veröffentlichung im September 2016 war Falke weiterhin Mitglied der CDU-Bezirksfraktion.

Rechte Gewalt | Die Bochumer Linksfraktion bemüht sich um mehr Transparenz in Bezug auf die → Polizeistatistik über rechte Straftaten. Mit einer Anfrage wollten wir im Januar 2016 klären lassen, wie viele Verletzte, Tatverdächtige und Ermittlungsverfahren es gab, und gegen wen sich die rechte Gewalt in Bochum richtet. Außerdem wollten wir wissen, wie häufig Untersuchungshaft verhängt wurde, und wie häufig die Ermittlungen eingestellt worden sind. Leider hat sich die Polizeipräsidentin geweigert, belastbare Zahlen zu nennen. Begründung: „Eine direkte Unterrichtung der kommunalen Gremien über die laufende Ermittlungsarbeit, über Brennpunkte oder andere Deliktshäufungen durch die Polizeibehörden ist nach der Landesverfassung nicht vorgesehen.“

Rechtsterrorismus | Im Mai 2015 hat die Polizei unter anderem in Watten-scheid Mitglieder der Gruppe „Oldschool Society“ festgenommen, die im Internet Bombenbauanleitungen austauschten, die sich Sprengstoff beschafft hatten und Anschläge auf Geflüchtetenunterkünften vorbereitet haben sollen. Zum

Redaktionsschluss dieser Publikation dauerte der Prozess gegen den Bochumer Angeklagten noch an. Als Linksfraktion fordern wir eine stärkere Auseinandersetzung mit der Gewalt extrem rechter Netzwerke. Um eine solche Auseinandersetzung zu forcieren, haben wir bereits im Mai 2015 eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung durchgeführt. Unter dem Titel „NSU-Komplex auflösen“ haben wir die Initiative „Keupstraße ist überall“ eingeladen, die sich für die Unterstützung und die Selbstorganisation der vom NSU-Terror Betroffenen, für die Aufklärung der NSU-Verbrechen und die Auflösung des Verfassungsschutzes einsetzt. Schließlich hat der deutsche Inlandsgeheimdienst die gewaltbereite rechte Szene über Jahrzehnte durch Zahlungen an V-Leute mitfinanziert, und weitere Verstrickungen sind bis heute nicht vollständig aufgeklärt. Auf der Veranstaltung stellte sich die Initiative vor und diskutierte mit uns die Perspektiven für die zukünftige Arbeit, auch nach dem Ende des NSU-Prozesses.

Springerplatz | Im März 2015 hat Verwaltung auf unsere Anfrage zu einer ganzseitigen Anzeige im Stadtspiegel für die Bochumer Wochenmärkte geantwortet. In der Anzeige wurde auch für den sogenannten „Moltkemarkt auf dem Springerplatz“ geworben. Moltke war ein herausragender Exponent des preußisch-deutschen Militarismus, der für Angriffskriege auf unsere europäischen Nachbarn verantwortlich war. In den Trümmern des Zweiten Weltkrieges hatte der Bochumer Stadtrat im Jahr 1947 beschlossen, den Platz umzubenennen. Seitdem trägt der Platz nicht mehr den Namen des Militaristen Moltke, sondern den des Bochumer Antifaschisten und Widerstandskämpfers Karl Springer. Seit einiger Zeit gibt es massive Kritik daran, dass die Verantwortlichen den inzwischen privat organisierten Wochenmarkt auf dem Springerplatz als „Moltkemarkt“ bewerben. Mit einer Anfrage wollten wir klären, wieso im Wochenspiegel in einer Anzeige für die städtischen Märkte für den Privatmarkt mit dem umstrittenen Namen geworben wird. In der Antwort teilte die Verwaltung mit, dass die Anzeige von der Vereinigung Bochumer Wochenmarkthändler e.V. finanziert wurde. Weiter heißt es: „Die Verwaltung hat die Anfrage dennoch zum Anlass genommen die Markthändlervereinigung darauf hinzuweisen, dass die über die Wochenmarktgebühr finanzierten Werbemaßnahmen nur für die städtischen Märkte verausgabt werden dürfen.“

Städtekoalition gegen Rassismus | Auf Initiative der Linksfraktion hat der Rat im Februar 2016 beschlossen, dass Bochum der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus beitrifft. Die Initiative der UNESCO setzt sich für eine wirkungsvolle Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung ein. Die Mitgliedsstädte verpflichten sich zur Umsetzung eines Zehn-Punkte-Aktionsplans. Der Plan sieht konkrete Verbesserungen vor, zum Beispiel eine stärkere Unter-

stützung für die Opfer von Rassismus sowie die Entwicklung konkreter Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung bei der Vermittlung von Wohnraum. Wir freuen uns über den Beschluss, auch wenn der Fraktionsvorsitzende der SPD Peter Reinirkens zuvor in seiner pflichtschuldigen Kritik an unserer Initiative den Eindruck zu vermitteln versuchte, dass die Stadt ja eigentlich schon genug gegen Rassismus unternehme. Dabei vergaloppierte er sich sogar zu der ungünstigen bis geschichtsvergessenen Behauptung, in Bochum habe Rassismus „noch nie“ einen Platz gehabt. Außerdem formulierten Vertreter*innen der rot-grünen Koalition per Änderungsantrag die Erwähnung bisheriger Aktivitäten hinein und wollten der Verwaltung lediglich den Auftrag geben, zu überprüfen, wo denn noch was modifiziert werden müsse. Wir hoffen, dass das kein Signal dafür ist, das eigentlich sehr sinnvolle Programm in Bochum lediglich symbolisch zu übernehmen, ohne mit seiner Hilfe weitere zusätzliche Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung anzustoßen. Diesen Prozess werden wir weiter begleiten.



Gleiche Rechte für Geflüchtete

Abschiebungs-Offensive | Hunderte von unangekündigten Abschiebungen – auch mit Polizeigewalt und mitten in der Nacht aus Sammelunterkünften – so will die Stadt Bochum die Verschärfung des Asylrechts umsetzen, sobald sie die Kapazitäten dazu hat. Bereits bei der ersten Ankündigung im November 2015 haben wir die angestrebte weitere Brutalisierung der Bochumer Flüchtlingspolitik verurteilt. Vor Ort tun Oberbürgermeister Thomas Eiskirch (SPD), die rot-grüne Koalition und die von ihr eingesetzte Verwaltung so, als wollten sie lediglich Entscheidungen umsetzen, die weit weg in Berlin gefallen sind. Das ist aber falsch. So wurde Ende April 2015 ein von der damaligen Bochumer Oberbürgermeisterin Ottilie Scholz (SPD) unterzeichneter Brief bekannt. In ihm forderte Scholz zusammen mit weiteren Oberbürgermeister*innen und Landräten die rot-grüne Landesregierung auf, Erlasse des Landes NRW außer Kraft zu setzen, die Einzelfallprüfungen vor Abschiebungen von besonders schutzbedürftigen Personen vorschreiben. Mit einem Antrag haben wir gefordert, dass sich der Rat von diesen Forderungen nach einer noch schärferen Abschiebungspolitik distanziert. Den Beschluss haben SPD und CDU jedoch gemeinsam verhindert. Außerdem: Die Asylrechtsverschärfungen, auf die sich die Verwaltung jetzt als angebliche Sachzwänge bezieht, sind ebenfalls von Bochumer Politiker*innen mit durchgesetzt worden. Die beiden Bochumer SPD-Bundestagsabgeordneten

Axel Schäfer und Michelle Müntefering haben für die Gesetze gestimmt, und Norbert Lammert (CDU) ebenso. Auch Frithjof Schmidt, der für die Bochumer Grünen im Bundestag sitzt, stimmte nicht gegen die im Herbst 2015 beschlossenen Verschärfungen, sondern enthielt sich lediglich. Die lokal Verantwortlichen machen derweil deutlich, dass sich die angekündigte größte Abschiebewelle in der Geschichte Bochum bisher vor allem aufgrund von Personalmangel nicht umgesetzt wird. Wir dagegen fordern, dass sich Politik und Verwaltung für alle Menschen verantwortlich fühlen, die hier leben – und damit ein Ende der menschenfeindlichen Abschiebepolitik.

Abschiebungs-Zahlen | Im April 2015 hat die Stadt ihre Antwort auf unsere Frage nach Zahlen und Fakten zur Abschiebepolitik in Bochum vorgelegt. Demnach sind von 2010 bis zu diesem Zeitpunkt insgesamt 294 Geflüchtete gewaltsam aus Bochum abgeschoben worden, 48 davon waren minderjährig. In 54 Fällen wurde auf Antrag des Ausländerbüros der Stadt Bochum Abschiebehaft angeordnet. In 847 weiteren Fällen hat die Stadt andere „aufenthaltsbeendende Maßnahmen“ ergriffen. Auf unsere Frage, wie viele der durchgeführten Abschiebungen in Bochum ohne vorherige Ankündigung des Termins stattgefunden haben, haben wir leider keine Antwort erhalten – die Beantwortung sei zu aufwendig, meint die Verwaltung. Initiativen der Flüchtlingshilfe bezeichnen unangekündigte Abschiebungen, die häufig überfallartig nachts oder am frühen Morgen stattfinden, als besonders menschenunwürdig. Im Mai 2016 haben wir die Fortschreibung der Statistik angefordert, eine Antwort lag zu Redaktionsschluss dieser Veröffentlichung noch nicht vor.

Container | Für die Errichtung von Massenunterkünften für bis zu 450 Personen verwendet die Stadt unter anderem Wohncontainer. Im Gegensatz zu der Unterbringung in → Industriezelten, Turnhallen und anderen Formen der → Massenunterbringung können sich die hier Bewohner*innen zumindest selbst versorgen, da es Kochgelegenheiten gibt. Allerdings hat das Leben in den Containern trotzdem nichts mit Verhältnissen zu tun, die im Sozialrecht als menschenwürdiges Existenzminimum gelten: Jeder der Container hat eine Nett Nutzfläche von weniger als 27 Quadratmetern, bis zu vier Personen müssen in einem kleinen Raum schlafen – und zwar auch dann, wenn es sich nicht um Angehörige einer Familie handelt. Diese Unterbringungsform halten wir höchstens als kurzfristige Notlösung für geeignet. Tatsächlich müssen in unserer Stadt allerdings Menschen jahrelang so leben, während die Stadt sich nach wie vor weigert, → kommunalen Wohnungsbau zu betreiben – obwohl damit die → Kosten der Unterbringungs politik bei gleichzeitiger deutlicher Verbesserung der Lebensverhältnisse massiv gesenkt werden könnten.



Gesundheitskarte | Unter anderem mit den Stimmen der Linksfraktion hat der Rat der Stadt Bochum im November 2015 beschlossen, die elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete einzuführen. Nach einigen Verzögerungen steht die Karte inzwischen den allermeisten Geflüchteten in Bochum zur Verfügung. Dadurch können zumindest einige diskriminierende Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes etwas abgemildert werden. Denn insgesamt ist die Gesundheitsversorgung von Geflüchteten in Bochum sehr schlecht: Sie werden nur in akuten Notfällen bzw. bei Krankheiten mit Schmerzen behandelt. Und selbst bei Schmerzen konnten die Betroffenen nicht einfach zum Arzt gehen, sondern mussten vorher umständlich einen Krankenschein beantragen, was zu Verzögerungen bei Behandlungen führte. Es ist gut, dass zumindest diese unhaltbare Situation nun ein Ende hat. Gleichzeitig ist uns wichtig: Auch in anderen Bereichen muss der menschenunwürdige Umgang mit Geflüchteten korrigiert werden.

Industriezelte | Eine besonders schlimme Form der → Massenunterbringung stellen die Industriezelt-Camps dar, welche die Stadt an der Alten Wittener Straße (ehemaliger Opel-Parkplatz), an der Kollegstraße (weit außerhalb der

Stadt) sowie auf dem Sportplatz „Auf dem Esch“ in Wattenscheid errichtet hat. Für bis zu 336 Bewohner*innen gibt es dort nur ein Versorgungszelt, an dem alle zu den Essenszeiten Schlange stehen müssen – Selbstversorgung ist nicht möglich. In den sechs 10x30 Meter großen Wohnzelten sollen jeweils bis zu 56 Menschen leben. In jeder der Zelthallen gibt es 14 kleine Kammern mit je vier Betten (zwei Doppelstockbetten). Inklusiv der Aufenthaltsbereiche stehen im Zelt pro Person nur 5,4 Quadratmeter Platz zur Verfügung. Eine Zimmerdecke haben die Kammern nicht, immer ist also die Geräuschkulisse aller Zeltbewohner*innen zu hören. Abschließbare Türen gibt es nicht, Privatsphäre fehlt völlig, unruhige Nächte sind vorprogrammiert. Im Sommer wird es in den Zelten unerträglich heiß, im Winter sorgt die Umluftheizung für ein schlechtes Raumklima. Als Linksfraktion lehnen wir diese Form der Massenunterbringung als menschenunwürdig ab. Für scharfe Kritik sorgte bei uns die Entscheidung der rot-grünen Koalition, die sehr teuren Industriezelte für einen Zeitraum von fünf Jahren anzumieten. Wir fordern, dass die Zeltcamps so schnell wie möglich leergezogen werden – auf keinen Fall darf es dazu kommen, dass Menschen in unserer Stadt ein halbes Jahrzehnt lang in solchen unwürdigen Verhältnissen leben müssen.

Internet | Eine Anfrage unserer Fraktion beschäftigt sich mit dem Thema Freifunk und Internetzugang in den Geflüchtetenunterkünften. Für die Bewohner*innen ist das extrem wichtig, denn der Zugang zu Bildung, Informationen und Kommunikation ist ein Menschenrecht und kein Luxus. Wir wollen wissen, wie viele Geflüchtete in Bochum noch nicht versorgt sind, und woran die Umsetzung der Ankündigungen an den einzelnen Standorten scheitert. Außerdem wollen wir wissen, wann die Verwaltung den Ratsbeschluss aus dem vergangenen Jahr umsetzt und dem zuständigen Ausschuss eine Liste mit möglichen Standorten für Freifunk-Zugangsknoten in öffentlichen Gebäuden vorlegt. Eine Antwort lag bis Redaktionsschluss dieser Veröffentlichung nicht vor.

Leerstands-Aktivierung | Im April 2016 hat die Verwaltung in einer Antwort an uns versprochen: Alles wird besser. Anlass unserer Anfrage waren Berichte von Bürger*innen und Unternehmen, die der Stadt Leerstände zur Unterbringung von Geflüchteten angeboten haben. Sie berichteten, dass die Stadt nicht oder erst nach vielfachem Nachfragen überhaupt auf Kontaktversuche reagiert habe. Gleichzeitig errichtete die Stadt jedoch weiter überbelegte Massenunterkünfte wie die → Industriezelte auf dem Opel-Parkplatz – und erklärte, dass sie keinen Zugriff auf Leerstände habe. Wir wollten wissen, wie es zu dieser widersprüchlichen Situation kam, und was dagegen unternommen wird. In der Antwort räumte die Verwaltung ein, dass sie es „gerade im Herbst vorigen Jahres“

nicht geschafft habe, alle Angebote rechtzeitig zu beantworten. Inzwischen werde jedoch „seitens der Verwaltung auf jedes Mietangebot zeitnah reagiert“. Wir beobachten die Lage weiter. Daher bitten wir um Hinweise, falls es entgegen dieser Ankündigung weiterhin zu Problemen kommen sollte.

Massenunterbringung | Mehr als 2.800 Menschen leben in Bochum unter noch schlechteren Verhältnissen, als die Stadt sie bei der → Unterbringung in Wohnungen umsetzt. Sie sind in → Industriezelten, → Containern, Modulbauten und Übergangsheimen untergebracht. Die Verwaltung und die rot-grüne Rathauskoalition entscheiden sich bewusst für die Errichtung von Massenlagern – selbst dann, wenn kleinere und dezentralere Unterkünfte möglich wären. So hat die Koalition zum Beispiel im Juni 2016 beschlossen, die Errichtung der bisher geplanter kleinerer Containerunterkünfte an der Wuppertaler Straße, Röhlinghauser Straße und Lewacker Straße zurückzustellen. In jeder dieser Containersiedlungen sollten bis zu 120 Menschen leben. Die dafür eingeplanten und bereits angemieteten Container werden stattdessen zu einer neuen Massenunterkunft an der Rathenaustraße zusammengezogen, in der bis zu 450 Menschen auf engstem Raum untergebracht werden sollen. Selbst die ursprünglichen Pläne hätten gegen das → Unterbringungs- und Betreuungskonzept verstoßen, das sich die Stadt im Januar 2015 selbst gegeben hatte. Die nun von Rot-Grün abgesegnete Verwendung der angemieteten Wohncontainer für ein Massenlager mit enormer Wohndichte kritisieren wir als politisch gewollte Ghettoisierung. Massenlager isolieren die Bewohner*innen von der sonstigen Stadtgesellschaft und behindern die gesellschaftliche Teilhabe. Auch zuvor haben wir uns für dezentralere Unterbringungen eingesetzt. Im Januar 2016 haben wir anlässlich der Diskussion über die neue Großunterkunft am ehemaligen Nordbad beantragt: Die Stadt soll endlich ein Konzept zum Erwerb von leerstehendem Wohnraum entwickeln. Außerdem wollten wir die Verwaltung beauftragen, geeignete Flächen für den → kommunalen Wohnungsbau zu erschließen. Als im Februar 2016 der Kauf von weiteren fünf Modulbauten zur Abstimmung stand, haben wir einen Änderungsantrag eingebracht und gefordert: Die fünf zweigeschossigen Stahlskelett-Modulbauten sollen weniger dicht belegt und an dezentralen Standorten aufgestellt werden. SPD und Grüne lehnten all diese Vorschläge ab – mit ihrer Unterstützung wird die Stadt die Modulbauten nun erneut nebeneinander stellen, mit einem Zaun umgeben und von einem Sicherheitsdienst bewachen lassen – und damit für die bis zu 450 Bewohner*innen eine weitere lagerartige Situation schaffen. Wir sagen: Wer ohne Not viele hundert Menschen auf engstem Raum zusammenpfercht, verstößt gegen alle Empfehlungen von Expertinnen und Experten, verschlechtert die Lebensbedingungen der Betroffenen weiter und schafft zusätzliches Konfliktpotential.

Outsourcing der Unterkünfte | Im Januar 2016 hat die Stadt angekündigt, dass sie die Unterkünfte für Geflüchtete nicht mehr selbst betreiben will. Inzwischen vergibt die Stadt einzelne Aufträge (Unterkunftsleitung, Security, Catering etc.) in einem Direktvergabe-Verfahren an freie Träger und andere Unternehmen. Ab 2017 sollen jeweils Komplettpakete für einzelne Unterkünfte europaweit ausgeschrieben werden. Im Rat haben wir uns gegen diese Pläne positioniert. In einer Pressekonferenz erklärten Stadtdirektor Michael Townsend und Sozialdezernentin Britta Anger, dass sie die Unterkünfte möglichst an Träger der freien Wohlfahrtspflege vergeben wollen. Mit einer Anfrage unmittelbar nach Bekanntwerden der Pläne haben wir klären lassen, ob das proklamierte Ziel rechtssicher umzusetzen ist, Trägern der freien Wohlfahrtspflege gegenüber rein profitorientierten kommerziellen Anbietern Vorrang zu gewähren. Leider bestätigte die Verwaltung in ihrer Antwort unsere Befürchtungen: Sie stellt fest, dass die Ausschreibungen nach dem EU-Vergaberecht erfolgen müssen. Wörtlich heißt es: „Die Ermittlungen der wirtschaftlichsten Angebote erfolgt auf Grundlage objektiver, diskriminierungsfreier und nachvollziehbarer Kriterien. Sofern andere Marktteilnehmer, z.B. kommerzielle oder rein profitorientierte Unternehmen, die beschriebene Leistungen erbringen können, die geforderte Eignung nachweisen und in der Angebotswertung erstplatziert sind, sind diese zu beauftragen.“ Es gibt also keinen legalen Weg, an den Outsourcing-Plänen festzuhalten und gleichzeitig verbindlich dafür zu sorgen, dass Unterkünfte nicht an kommerzielle Firmen wie etwa den in diverse Skandale verwickelten Konzern European Homecare vergeben werden. Wir fordern, dass die Stadt auf die Komplett-Ausschreibungen verzichtet. Stattdessen sollte sie die Unterkünfte weiterhin selbst betreiben. Wir halten es für falsch, den Kompetenzabbau bei der Stadt durch Outsourcing weiter voran zu treiben. Im sozialen Bereich halten wir die damit verbundene Verantwortungs-Diffusion sowie den Abbau von Transparenz und demokratischer Kontrolle für besonders problematisch. Und selbst, wenn die Stadt es schaffen sollte, in der ersten Outsourcing-Runde Unterkünfte nur an ihr genehme freie Träger abzugeben: Die Gefahr von Wettbewerbs-Klagen bleibt genauso bestehen wie das Risiko eines Dumping-Wettbewerbs zu Lasten der Geflüchteten.

Proteste gegen Industriezelte | Im Juni 2016 haben mehr als 50 Geflüchtete elf Tage lang in der Turnhallen-Unterkunft an der Querenburger Straße gegen ihren Abtransport in → Industriezelte weit außerhalb der Stadt protestiert. An der Kollegstraße sollten sie ohne lokale Infrastruktur und weitgehend abgeschottet von der Stadtgesellschaft auf der grünen Wiese in einem Zelthallen-Lager leben. Wir haben die Forderungen der Geflüchteten nach menschenwürdigem Wohnraum unterstützt und die Stadt aufgefordert, besonnen auf die

Proteste zu reagieren. Nach dem erzwungenen Umzug erreichten uns immer mehr Berichte, die nahelegen, dass der Betreiber mit der Leitung des Zeltcamps und der sozialarbeiterischen Betreuung der Bewohner*innen überfordert ist.

Unabhängige Beschwerdestelle | Aktuell gibt es in unserer Stadt keine Institution, an den sich die Bewohner*innen der Geflüchtetenunterkünfte mit Beschwerden wenden können. Daher haben wir im Februar 2016 einen Änderungsantrag zur Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle für Geflüchtete eingebracht. Außerdem haben wir beantragt, dass die Stadt die Bildung von selbstverwalteten Interessenvertretungen in den Unterkünften unterstützt. In der Begründung verwiesen wir unter anderem auf die mehrfachen Proteste vor dem Rathaus und auf unhaltbare Zustände, die regelmäßig von Geflüchteten vorgetragen werden. Eine solche Beschwerdestelle muss in der Lage sein, auch das Versagen städtischer Institutionen unabhängig zu untersuchen. Deswegen muss sie unbedingt strukturell unabhängig sowohl von den Strukturen der Allgemeinen Verwaltung als auch von den Ämtern sein, die sich mit den Angelegenheiten der Geflüchteten befassen. Überrascht waren wir davon, mit welcher Empörung insbesondere Mitglieder der rot-grünen Koalition auf diese Forderungen reagierten. Wir hatten den Eindruck, als würden einige bereits die Darstellung der schlechten Unterbringungsverhältnisse und der Beschwerden der Geflüchteten als persönliche Beleidigung empfinden. Beschlossen wurde dann ein Änderungsantrag der rot-grünen Koalition, mit dem die Verwaltung lediglich „gebeten“ wird, „einen Vorschlag zum Umgang mit Anregungen und Beschwerden zu machen“. Immerhin umfasst die Bitte auch, die Möglichkeit der „Einrichtung einer von Stadt und freien Trägern unabhängigen Ombudsstelle für Flüchtlinge“ darzustellen. Bis Redaktionsschluss dieser Veröffentlichung im September 2016 ist dies leider immer noch nicht geschehen.

Unterbringung in Wohnungen | Im Juni 2016 lag die Zahl der von der Stadt Bochum untergebrachten Geflüchteten bei 4.883. Weniger 2.000 dieser Menschen lebten in einer Wohnung. Aber auch den Menschen in den Wohnungen billigt die Stadt nicht die gleichen (in unseren Augen zu niedrigen) Standards zu, die für Empfänger*innen von Hartz IV und ALGII gelten. Die von der Stadt zur Geflüchtetenunterbringung angemieteten Wohnungen werden stark überbelegt: Zumeist müssen mehrere Menschen in einem Zimmer leben und schlafen – auch dann, wenn sie nicht zu einer Familie gehören. In kleinen Wohnungen, die nach den ALGII-Regeln zur Kosten der Unterkunft für einen Single geeignet wären, werden bis zu vier Menschen einquartiert. Außerdem werden die Wohnungen sehr schlecht und unvollständig ausgestattet. Dabei misst die Stadt Bochum mit zweierlei Maß. Denn in den Verwaltungsanweisungen zur Erstauss-

stattung von Wohnungen für ALGII-Empfänger*innen ist eigentlich festgelegt, welche Ausstattung notwendig ist, um die verfassungsrechtlich garantierten Grundrechte auf Menschenwürde und auf ein menschenwürdiges Existenzminimum zu wahren. Bei den zur Unterbringung von Geflüchteten angemieteten Wohnungen werden diese Standards der Menschenwürde deutlich unterschritten. Die Verwaltung begründet das damit, dass es sich bei den Wohnungen gar nicht um echte Wohnungen handle, sondern lediglich um eine „übergangsheimähnliche Unterbringung“. Diesen kreativen Begriff scheint die Stadt Bochum extra zu diesem Zweck erfunden zu haben. In einer im April 2016 gestellten Anfrage wollen wir von der Stadt wissen, warum das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum für Geflüchtete nicht gelten soll und warum sie hier mit zweierlei Maß misst. Das ist unserer Meinung nach rechtlich hochgradig fragwürdig. Eine Antwort lag bis Redaktionsschluss nicht vor.

Unterbringungs- und Betreuungskonzept | Gegen die Stimmen der Linksfraktion hat der Rat im Oktober 2015 beschlossen, die Unterbringungsstandards für Geflüchtete dramatisch abzusenken. Die zu diesem Zeitpunkt noch massenhaft zur Unterbringung verwendeten Turnhallen sollten doppelt so dicht belegt werden wie zuvor, außerdem wurde die Unterbringung in → Industriezelten auf den Weg gebracht. Erst ein halbes Jahr zuvor, im April 2015, hatte die Verwaltung ein Unterbringungs- und Betreuungskonzept für Geflüchtete vorgelegt. In dem Papier definierte die Stadt endlich – wie von uns vehement gefordert – Standards für menschenwürdige Unterbringung. Von verbindlichen Standards konnte aber bereits damals leider keine Rede sein. Dennoch hatten wir begrüßt, dass in dem Papier festgehalten wurde, dass die Unterbringung von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften nur eine „Notlösung“ darstellt. Auch die Anforderungen an die Infrastruktur in der Umgebung von Unterkünften (urbane Lage, Erreichbarkeit von Apotheken, Arztpraxen, Geschäfte, Schulen, Kitas etc.) sowie die Festlegung einer Maximalbelegung von nicht mehr als 80 Bewohner*innen pro Unterkunft sowie das Konzept für die sozialarbeiterische Betreuung waren zwar nicht ausreichend, gingen jedoch in die richtige Richtung. Dass die Verwaltung sich bereits nach einem halben Jahr wieder von ihren eigenen Standards für Menschenwürde verabschiedet hat, um riesige Massenlager für bis zu 450 Personen zu ermöglichen, halten wir für einen Offenbarungseid. Wir fordern, dass die Stadt in einem ersten Schritt die im Oktober 2015 veröffentlichten Mindeststandards für alle Unterkünfte verbindlich macht und in weiteren Schritten unter Beratung des Flüchtlingsrats NRW und weiteren Organisationen daran arbeitet, die Standards weiter zu erhöhen. Ziel muss dabei sein, Sammel- und → Massenunterbringung so schnell wie möglich durch → kommunalen Wohnungsbau überflüssig zu machen.



VBW und Geflüchtete | In einer Anfrage aus dem April 2016 haben wir von der Stadt eine Stellungnahme zu möglicherweise diskriminierenden Vermietungspraktiken bei der halbstädtischen Wohnungsbaugesellschaft VBW verlangt. Denn uns hatten glaubwürdige Berichte erreicht, dass die VBW Geflüchteten bei der Wohnungssuche abweist, während deutsch aussehende Menschen bei einer identischen Anfrage Angebote erhalten haben. Wir wollten wissen, ob der Stadt diese Berichte bekannt sind, und ob es in dem Unternehmen entsprechende Anweisungen an die Mitarbeiter*innen gibt. Bereits ein halbes Jahr zuvor hatten Mitarbeiter*innen des Übergangsmanagements im Sozialausschuss ihren Eindruck geschildert, dass es auch bei den Bochumer Wohnungsgesellschaften hinderliche Ressentiments und Vorurteile gebe. Daher haben wir angefragt, was die Stadt Bochum seitdem unternommen hat, um die Situation bei der halbstädtischen VBW zu verbessern. Die Antwort der Verwaltung ist einigermaßen erstaunlich. Anstatt selbst die Lage zu bewerten, ist die Stellungnahme in weiten Teilen von einem Mitarbeiter des kritisierten Unternehmens verfasst. Auf die konkreten Berichte über diskriminierende Erfahrungen wird nicht eingegangen. Stattdessen wird auf die Wohnungen verwiesen, welche die VBW an die Stadt zur Unterbringung von Geflüchteten vermietet – die nach Ansicht der Stadt jedoch keine Wohnungen sind, sondern lediglich „übergangsheimähnliche Unterbringungen“ (siehe → Unterbringung in Wohnungen). Zumindest einzelne dieser Wohnungen seien inzwischen auch direkt von den Be-

wohner*innen übernommen worden. Weiter verweisen VBW und Verwaltung darauf, dass es nicht genug Wohnungen im Bestand gibt, die den niedrigen Angemessenheits-Grenzen des Jobcenters entsprechen. Das bestätigt unsere Kritik, dass die VBW in unserer Stadt nicht ausreichend ihrer Verantwortung nachkommt, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

WG-Zimmer | Im Dezember 2015 hat Sozialdezernentin Britta Anger eine Stellungnahme zu unserer Anfrage „Angebote von WG-Zimmern zur Unterbringung von Flüchtlingen“ abgegeben. Wir hatten angefragt, wie zu erklären ist, dass die Stadt trotz des drängenden Bedarfs an menschenwürdigen Unterkünften Angebote von WG-Zimmern zur Unterbringung von Geflüchteten zurückweist. Außerdem hatten wir gefragt, welche Maßnahmen die Verwaltung ergreift, um zukünftig auf entsprechende Angebote angemessen zu reagieren und Geflüchtete auch in WG-Zimmer zu vermitteln. Darauf erklärte die Sozialdezernentin: Bei Flüchtlingen handle es sich um Menschen, die meistens kein Deutsch und häufig nur wenig Englisch verstünden – deshalb halte die Stadt die Unterbringung in einem „anonymen WG-Angebot“ für „problematisch“. Die Stadt arbeite jedoch an einem „Konzept“, so Anger weiter. Es sei jedoch nicht geplant, dass sich die Stadt selbst bei der Vermittlung von WG-Zimmern an Geflüchtete engagiere. Wenn aber zum Beispiel Ehrenamtliche persönlichen Kontakt zu Geflüchteten hätten, dann könne es zukünftig wohl möglich sein, dass sie jemanden in ein Zimmer in ihrer WG aufnehmen. Ein städtisches Konzept zur Unterbringung von Geflüchteten in WG-Zimmern lag bis Redaktionsschluss (September 2016) nicht vor. Das vorgetragene Argument, dass fehlende Sprachkenntnisse und die angebliche Anonymität von WG-Angeboten dagegen sprechen, Schutzssuchenden das Wohnen in WGs zu ermöglichen, halten wir für nicht nachvollziehbar.

Zentrale Landesaufnahmeeinrichtung (LEA) | Im Februar 2016 hat die Landesregierung entschieden, in Bochum eine zentrale Registrierungsstelle für Geflüchtete (LEA) aufzubauen. Die ehemaligen Polizeikaserne am Gersteinring soll eine Durchlaufstation für alle Geflüchteten werden, die im Bundesland untergebracht werden. Durch den Deal mit dem Land soll Bochum für 1.000 Geflüchtete weniger Verantwortung übernehmen als es der NRW-Verteilungsschlüssel eigentlich vorsieht. Wird der Plan umgesetzt, spart die Stadt damit einen zweistelligen Millionenbetrag pro Jahr ein. Wir haben gefordert, dieses Geld für die Verbesserung der Lebensverhältnisse von Geflüchteten zu verwenden. Diesen Vorschlag lehnte die rot-grüne Rathauskoalition allerdings ab. Stattdessen hat der Rat die Errichtung und Überbelegung neuer Container-Massenunterkünfte beschlossen – und zwar zu genau den gleichen schlechten Bedingungen, die bereits vor dem Deal mit dem Land geplant waren.



Für eine sozial-ökologische Verkehrswende

AGFS | Kein Witz: Seit Mai 2016 ist Bochum Mitglied in der „Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte“ (AGFS) – obwohl die Fahrrad-Infrastruktur in unserer Stadt verglichen mit tatsächlich fahrradfreundlichen Städten nach wie vor eine Zumutung ist. Grundlage für die Aufnahme waren allerdings auch keine harten Fakten wie etwa der Anteil des Radverkehrs am gesamten innerstädtischen Verkehr, der bei uns seit 1990 unverändert bei miserablen fünf Prozent liegt. Grundlage ist vielmehr die „Bereisung“ durch eine Bewertungskommission. Dieser denkwürdige und hochgradig inszenierte Fahrradausflug mit Oberbürgermeister Thomas Eiskirch hat am 23. Mai stattgefunden. Für die Linksfraktion nahm unsere Vertreterin im Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität Sabine Lehmann teil. Bereits im Jahr 2014 hatte sich Bochum für die Mitgliedschaft in der AGFS beworben. Nach einem ersten Besuch der Bewertungskommission im Jahr 2015 wurde Bochum die Aufnahme noch verwehrt. Von den Hausaufgaben, welche die Kommission der Stadt aufgab, sind ein Jahr später zwar kaum welche erfüllt gewesen. Es reichte aus, dass die Bewerbungsunterlagen kompakter und die Verantwortlichen besser vorbereitet waren – und dass sie erstmals auch verkehrspolitische Fehler zugaben.

Autofreies Quartier | Auf dem Gelände der ehemaligen RWE-Verwaltung an der Wielandstraße im Stadtparkviertel soll ein neues Wohnviertel entstehen. Weil für diesen Bereich noch kein Bebauungsplan existiert, haben wir im Oktober 2015 beantragt, dass die Stadt die Gelegenheit nutzt, ein innovatives und ökologisches Gesamtkonzept durchzusetzen. Wir beantragten eine Prüfung, wie das Quartier als autofreies oder autoreduziertes Wohngebiet geplant werden kann. Die Siedlung ist dazu bestens geeignet: Vom Plangebiet bis zu den Haltestellen der U35 und den Buslinien 353 und 336 läuft man fünf Minuten. Mit dem Rad ist es nur in fünf Minuten bis in die Innenstadt, zu Fuß eine Viertelstunde bis zur Fußgängerzone. Schon jetzt nutzen viele Bewohner*innen des Stadtteils ihr Auto nur selten oder haben keins. Wenn die Stadt nun Planungen vorantreibt, die zusätzliche Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, einen Car-sharing-Standort und eine Lastenrad-Verleihstation vorsehen, könnte das Wielandquartier zu einem Pilotprojekt für ökologische Stadtplanung werden. Auf der Sitzung des Ausschusses für Planung und Grundstücke haben SPD und Grüne mit ihrer Mehrheit aus unserem konkreten Arbeitsauftrag an die Verwaltung leider eine reine Bitte an den Investor gemacht, er solle darlegen, inwiefern er die von uns geforderten ökologischen Kriterien erfüllen möchte. Wir sind weiterhin der Meinung, dass unverbindliche Appelle an Investoren nicht zu ökologischeren Planungen führen. Wir fordern weiter, dass die Stadt die Mittel des Planungsrechts nutzt, um entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.

Fördermittel nutzen | Die Linksfraktion fordert, dass die Stadt zusätzliche Fördermittel zur Verbesserung der Verkehrssituation in Bochum beantragt. Hintergrund unseres Antrags im Januar 2016 waren die neuen Richtlinien des Bundesumweltministeriums zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen in Kommunen. Die sehen vor, dass der Bund bis zur Hälfte der Kosten für Verbesserungsmaßnahmen übernehmen kann – in einer Höhe von bis zu 350.000 Euro pro Antrag. Wir wollten die Verwaltung beauftragen, mindestens ein solches Projekt zu entwickeln. Zum Beispiel könnte das Radwegenetz in Bochum ausgebaut werden, und Fahrradwege könnten durch Beleuchtung sicherer gemacht werden. Mit zusätzlichen Fahrradständern und Wegweisern könnte Fahrradfahrer*innen das Leben erleichtert werden. Unser Vorschlag wurde jedoch mit der Begründung zurückgewiesen, dass die Stadt bereits bessere Förderprogramme nutze. Die Antwort der Verwaltung auf eine von uns im Anschluss gestellte Anfrage machte jedoch deutlich, dass das nicht in allen Fällen der Fall ist. Außerdem ging es uns nicht um den Ersatz bisheriger Förderungen, sondern um die Beantragung zusätzlicher Fördermittel, um zusätzliche Maßnahmen zu realisieren. SPD und Grüne machten jedoch deutlich, dass sie einem entsprechenden Antrag unserer Fraktion nicht zustimmen werden, was wir bedauern.

Klimaschutzkonzept | Mit den Stimmen der Linksfraktion hat der Bochumer Rat im Dezember 2015 das neue Energie- und Klimaschutzkonzept „Bochum 2030“ verabschiedet. Ziel des Konzepts ist es, den Energieverbrauch und den CO₂-Ausstoß in unserer Stadt zu senken. Allerdings halten wir das Konzept nicht in allen Punkten für verbindlich genug. Ein Beispiel dafür ist das butterweich formulierte Ziel, „mindestens eine“ Klimaschutzsiedlung zu realisieren. Mit einem Änderungsantrag wollten wir daher die Verwaltung beauftragen, bei jedem neu zu bebauenden Quartier die Möglichkeit einer autofreien oder auto-reduzierten Siedlung zu prüfen. Außerdem haben wir beantragt, dass die Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur eine größere Rolle spielen soll. Diese konkreten Verpflichtungen für die Stadt wollten SPD und Grüne nicht mittragen. Die CDU äußerte sogar Ängste, dass Autofahrer*innen diskriminiert werden könnten – was für Augenrollen nicht nur in den Reihen der Linksfraktion sorgte.

Lärmaktionsplan | Im Oktober 2015 hat der Bochumer Rat ein Lärmaktionsplan für den Ballungsraum Bochum beschlossen. Mit einem Änderungsantrag haben wir andere Prioritäten gefordert: Unserer Meinung nach ist zum Beispiel der Bau sicherer Radfahrstreifen mindestens genauso dringend notwendig wie die Verlegung von Flüsterasphalt. Bereits im Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität hatte unser Mitglied Michael Schmeichel zuvor erklärt: „Straßenlärm wird vor allem dann weniger, wenn mehr Menschen leise Verkehrsmittel wie Fahrräder nutzen. Damit das möglich wird, müssen in Bochum endlich mehr sichere Fahrradwege und Radfahrstreifen entstehen.“ Der fahrradfreundliche Umbau von Straßen ist im Rahmen des zugrundeliegenden Gesetzes förderfähig. Deswegen haben wir beantragt, dass im Rahmen des Lärmaktionsplans vor allem Maßnahmen vorangetrieben werden, die den Verkehr in unserer Stadt umweltfreundlicher und ressourcenschonender machen. Erneut haben die SPD, CDU und Grünen gemeinsam gegen diese Förderung des Radverkehrs gestimmt. Damit setzt sich eine Linie der rot-grünen Ratspolitik fort: Seit Jahrzehnten wird in Bochum bei den allermeisten verkehrspolitischen Entscheidungen Autos eine höhere Priorität eingeräumt als sicheren Radwegen. Immerhin hat der Rat unter anderem mit unseren Stimmen einen Dringlichkeitsantrag der CDU abgelehnt, der Radfahrstreifen auf der Königsallee verhindern sollte.

Opelring | Im Oktober 2015 hat die Linksfraktion die Pläne zur Sanierung des Opelrings kritisiert. Dort sollten Radwege im Zweirichtungsverkehr angelegt werden. Radfahrer würden also auch entgegen der Fahrtrichtung im Kreisverkehr fahren und an jeder Einmündung Gefahr laufen, von den einbiegenden Autofahrer*innen, die gewohnheitsmäßig im Kreisverkehr nur nach links schauen, übersehen zu werden. Wir haben beantragt, dass bei dem Umbau des Opel-

rings die Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA 2010) beachtet werden und die vom ADFC Bochum eingereichte Anregung Berücksichtigung findet. Sollte das nicht geschehen, befürchten wir, dass Unfälle nur eine Frage der Zeit sind. Nach der Kritik wurde die Vorlage der Verwaltung nicht beschlossen, sondern sollte zunächst grundsätzlich überarbeitet werden. Das begrüßen wir sehr.

Parkstraße | Auch im Juni 2015 sorgten die SPD und die Grünen dafür, dass die Belange des Radverkehrs zugunsten des Autoverkehrs zurückstecken mussten. Auf der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Mobilität ging es um eine Baumaßnahme in der Parkstraße in Wattenscheid. Die Verwaltung plante, den Radverkehr Richtung Norden zwischen der Kreuzung „Am Beisenkamp“ und der Bahnbrücke von der Straße weg zu führen – und zwar auf einen alten, maroden Fahrradweg in einem Grünstreifen. Erst kurz vor der Brücke soll er hinter einem Baum wieder auf die Straße geführt werden. Der Vorsitzende des Bochumer ADFC Klaus Kuliga kritisierte den Verwaltungsentwurf und reichte einen Bürgerantrag ein, den wir unterstützt haben: Weil sonst Kollisionen vorprogrammiert sind, forderte der Antrag einen Radfahrstreifen. Die Breite der Straße würde für eine solche Lösung ausreichen. Statt des Fahrradstreifens wollte die Verwaltung jedoch einen Parkstreifen auf der gegenüberliegenden Straßenseite bauen lassen. Wir haben beantragt, den Änderungsvorschlag des ADFC in die Planungen aufzunehmen. Schließlich würde weniger toter Parkraum benötigt werden, wenn sich ein größerer Teil des Stadtverkehrs sicher und bequem per Rad, Bus und Bahn erledigen lassen könnte. Da alle anderen Parteien aber traditionell Parkplätzen höhere Priorität einräumen als einem sicheren Radverkehr, wurde auch diesmal der Änderungsantrag abgelehnt – auch mit den Stimmen der Grünen, die das Durchwinken der Verwaltungsvorlage als „guten Kompromiss“ bezeichneten.

Verkehrssicherheit | Während SPD und CDU jeden Auto-Parkplatz erbittert verteidigen und die Grünen stets dieser Politik zustimmen, wollen wir Bochum zu einer tatsächlich fahrrad- und fußgängerfreundlichen Stadt machen. Einige Beispiele, wie unser Engagement für eine klima-, umwelt- und mobilitätsgerechte Verkehrspolitik im alltäglichen Klein-Klein der Kommunalpolitik konkret aussieht: Die Bessemerstraße soll für Autos einspurig werden, damit dort endlich ein Radweg entstehen kann. Diese Maßnahme begrüßen wir ausdrücklich, zumal an dieser Stelle in Zukunft auch der neue Radschnellweg RS1 verlaufen könnte. Für kontroverse Diskussionen im Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität sorgte allerdings der Plan, unter der Bahnunterführung den Bordstein abzuschrägen – damit Autos zwischen dem Radweg und dem an dieser Stelle verschmälerten Fußweg parken können. Dagegen haben wir Einspruch erhoben,

denn die Auto-Parkplätze würden auf Kosten der Fußgänger*innen und Radfahrer*innen gehen. Außerdem sind sie überflüssig, weil in unmittelbarer Nähe auch ein P&R-Parkplatz vorhanden ist. Daher haben wir den Antrag gestellt, die unsinnige Maßnahme zu streichen. Den Antrag haben SPD, CDU und Grüne gemeinsam abgelehnt – Parkplätze sind ihnen wichtiger. Auch der vorhandene Bordsteinradweg auf der Hans-Böckler-Straße vom Rathaus bis zur Brückstraße ist gefährlich. Er wird ständig von ein- und ausparkenden Fahrzeugen sowie ein- und aussteigenden Menschen blockiert. Radfahrer*innen müssen dann ausweichen und zwischen Bordstein und Straßenbahnschienen entlang balancieren. Deswegen haben wir im April 2016 eine Überprüfung durch die Verwaltung beantragt, wie die Situation zu verbessert werden kann. In letzter Sekunde reichten SPD und Grüne dazu einen Verwässerungsantrag ein, mit dessen Beschluss sie im Vorhinein festlegten, dass kein Parkplatz wegfallen darf, sondern höchstens eingeschränkt werden soll, wer dort parken darf. So würde die gefährliche Situation für Radfahrer*innen keineswegs beseitigt. Um diesen Schnellschuss zu verhindern, haben wir unseren Ursprungsantrag zurückgestellt und lassen nun zunächst von der Verwaltung klären, welche Vorschriften und Richtlinien dort bezüglich Straßenbahnschienen und Behindertenparkplätzen zu beachten sind. Wir sind zuversichtlich, dass wir so letztendlich eine bessere Lösung erreichen werden.



Weitere Aktivitäten

Berufsbildungsmesse | Sowohl im September 2015 als auch bereits das Jahr zuvor hat die Bochumer Linksfraktion die Proteste gegen die Beteiligung der Bundeswehr an der Berufsbildungsmesse im RuhrCongress unterstützt. Auf der Messe wollte das deutsche Militär bei SchülerInnen ab 14 Jahren Werbung machen. Zusammen mit dem Bochumer Friedensplenum, der GEW, terre des hommes, der Bezirksschüler*innenvertretung und etlichen weiteren Organisationen haben wir vor Ort dagegen protestiert. Wir haben nicht nur die Bundeswehr kritisiert, sondern auch, dass die Stadt Bochum diese Werbung erneut ermöglicht. Denn der Soldatenberuf ist kein Beruf wie jeder andere, sondern eine Ausbildung zum Töten. Zu Recht kritisieren Kinderrechtsorganisationen seit Jahren die Anwerbeversuche der Bundeswehr bei Minderjährigen. Sogar der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes hat die Bundesregierung aufgefordert, Werbeaktivitäten der Bundeswehr bei unter 18-Jährigen zu verbieten. Unserer Meinung nach steht auch die Stadt Bochum in der sozialen Verantwortung, wenn die Bundeswehr versucht, die schwierige Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt auszunutzen, um Jugendliche für das Militär zu gewinnen. Nach vehementen Protesten in der Vergangenheit wurde die Berufsbildungsmesse 2015 erstmals nicht mehr vom Bochumer Jugendamt selbst veranstaltet. Für das „Ausstellermanagement“ zeichnete nun die Bochumer Veranstaltungs-

GmbH verantwortlich, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Stadt. Dabei handelte es sich wohl um den Versuch, das Jugendamt ein Stück weit aus der Kritik zu nehmen. Schließlich sollte das Jugendamt ja eigentlich dafür da sein, um sich um den Schutz und die Unversehrtheit von Minderjährigen zu kümmern. Geholfen hat es alles nichts: Im Juni 2016 teilte die städtische Veranstaltungs-GmbH mit, dass die Berufsbildungsmesse in diesem Jahr ausfällt und ein neues Konzept entwickelt werden soll. Wir setzen uns dafür ein, dass die Messe in diesem Prozess endlich zivilisiert wird.



Empfang der sozialen Bewegungen | Auf Einladung der Linksfraktion haben sich im Dezember 2015 Vertreter*innen der Bochumer sozialen Bewegungen, Verbände, Vereine und Initiativen getroffen. Mit dem Empfang für eine demokratische und vielfältige Stadt haben wir uns bei den Aktiven für ihr Engagement bedankt – und gleichzeitig einen weiteren Ort zur Vernetzung geboten. „Ohne euch geht es nicht, ohne euch wären wir nur ein weiterer Papiertiger im Gewirr der parlamentarischen Ratsstruktur“, sagte der Fraktionsvorsitzende Ralf-D. Lange in seiner Begrüßungsrede. „Ohne euch hätten wir keinen Rückhalt in den vielen Arbeitsgebieten, ohne euch wäre die Gefahr groß, dass wir die Bodenhaftung verlieren, ohne euch wäre die Versuchung größer, sich vom Parlamentarismus aufsaugen zu lassen.“ Und er erneuerte das Versprechen, weiterhin eng mit den sozialen Bewegungen zusammen zu arbeiten. Zentrales

Thema der gut besuchten Veranstaltung war die Zusammenarbeit für eine menschenwürdigere Flüchtlingspolitik in Bochum. In einem Input-Vortrag machte die Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats NRW Birgit Naujoks deutlich, dass die Stadt längst nicht alle ihr zur Verfügung stehenden Spielräume nutzt, um erträgliche Verhältnisse für die Menschen zu schaffen, die in Bochum Schutz vor Krieg, Verfolgung und blanker Not suchen. Für den musikalischen Rahmen sorgten Milli Häuser und die Tatort-Jazz-Band. Zum Ende ihres Auftritts nutzte die europaweit aktive Sängerin, Gitarristin und Komponistin die Gelegenheit, um auf die prekären Verhältnisse hinzuweisen, unter denen die freie Kulturszene in Bochum arbeiten muss.



Rats-TV | Stell dir vor, in Bochum wird Politik gemacht, und alle bekommen es mit: Die Linksfraktion setzt sich für mehr demokratische Beteiligung und eine transparentere Politik ein. Unter anderem wollen wir, dass die Sitzungen des Rats als Livestream auf der Internetseite der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Im Februar 2015 haben wir im Rat einen entsprechenden Antrag eingebracht. Denn in anderen Städten ist das sogenannte Rats-TV längst eingeführt – und zwar mit guten Erfahrungen. Die Übertragungen können dazu beitragen, das Interesse an der Kommunalpolitik und der Ratsarbeit zu erhöhen. Die Diskussionen der gewählten Vertreter*innen werden durch das Rats-TV öffentlicher und finden weniger losgelöst von den Debatten in der Stadt statt. Die Einführung des Rats-TV ist ohne großen technischen Aufwand und sehr kostengünstig realisierbar. Das zeigen nicht nur die Erfahrungen in anderen Städten,

sondern auch die Bochumer Verwaltung sieht das so. Trotzdem ist seit Jahren nichts geschehen. Mit unserem Antrag wollten wir erreichen, dass sich das endlich ändert. Anders sehen das leider die SPD, die Grünen und die CDU: Seit unserem Antrag im Februar 2015 setzen sie konstant auf eine Verzögerungs- und Verhinderungstaktik. Zunächst erteilten sie der Verwaltung einen erneuten Prüfauftrag – obwohl die Verwaltung bereits 2012 mitgeteilt hatte, dass das Rats-TV lediglich einmalige Investitionskosten von unter 9.000 Euro für die Technik und 3,5 Arbeitsstunden pro Sitzung kostet. Seit Mai 2015 liegt das Ergebnis der erneuten Prüfung vor. Die Ergebnisse sind wenig überraschend: So kostet die Bereitstellung des Livestreams inkl. Archivierung der Videos durch einen externen Dienstleister in Essen und Bottrop jeweils 850 Euro pro Sitzung. Eine Umsetzung durch die Stadt selbst würde 10.000 Euro Investitionskosten notwendig machen, anschließend würden lediglich zwischen drei und 15 Arbeitsstunden pro Sitzung anfallen. Auch die datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen sind geklärt. Aber SPD, Grüne und die CDU wollen sich in Bochum offensichtlich weiterhin nicht von der Internet-Öffentlichkeit auf die Finger schauen lassen: Im April 2016 haben sie im Rat erneut gegen die Einführung des Rats-TV gestimmt. Wir halten diese Verhinderungstaktik für falsch und fordern weiterhin die Einführung von Livestreams der Ratssitzungen ins Internet.

Straßennamen | Im Mai 2015 hat der Bochumer Frauenbeirat angeregt: Bei Straßen-Umbenennungen und beim Bau neuer Straßen sollen so lange Frauennamen berücksichtigt werden, bis die Hälfte aller Bochumer Straßen nach Frauen benannt sind. Ziel ist es, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Bochum nicht nur berühmte Söhne, sondern ebenso bedeutende Töchter hervorgebracht hat. Im Juni 2016 hat der Frauenbeirat eine Liste mit Namensvorschlägen beschlossen. Auf Initiative von Andrea Klotz, Beiratsmitglied der Linksfraktion, ist auch der Name der Bochumer Antifaschistin Christine Schröder aufgenommen worden. Die im Jahr 1900 geborene Bochumerin engagierte sich gegen den Aufstieg der NSDAP und wurde im Sommer 1933 das erste Mal für 27 Tage inhaftiert. Dennoch blieb sie aktiv. Im Zuge der Aufdeckung der Widerstandsgruppe um Karl Springer wurde sie 1936 von der Gestapo verhaftet und kam erst 1938 wieder frei. In der Folgezeit unterstützte sie die Widerstandsgruppe auf dem Bochumer Verein, beteiligte sich an Diskussionen und leistete Kurierdienste. Nach dem Krieg zog sie 1949 auf der Liste der KPD in den Rat der Stadt Bochum ein. Von 1952 bis 1966 war sie Vorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Bochum. Wir freuen uns über die Aufnahme von Christine Schröder auf die Vorschlagsliste und werden uns dafür einsetzen, dass eine Straße nach ihr benannt wird.

Auf einen Blick

Anfragen der Linksfraktion

Datum	Thema	Anfrage	Antwort
03.07.2014	Ankauf der 49% Steag-Anteile	20141139	20141460
22.10.2014	Sachstand Bochum Perspektive 2022	20142040	20150066
07.11.2014	Ergebnisse der Prüfung der Kosten der Unterkunft	20142169	20150116
07.11.2014	Mindeststandards Flüchtlingsunterkünfte in Bochum	20142272	20142290
11.12.2014	Kündigung der Semesterticket-Verträge – Auswirkungen für die Stadt Bochum	20142355	20150117
11.12.2014	Stromsperrern in Bochum	20142421	20150072
12.12.2014	Stromsperrern Ergänzungsanfrage	20142495	20150339
22.01.2015	Werbeanzeige im Stadtspiegel vom 13.12.2014 – Bochumer Wochenmärkte	20150169	20150280
11.02.2015	Errichtung eines zentralen Betriebsstandortes für den Technischen Betrieb	20150372	ohne Nr.
11.02.2015	Bebauungsplan Nr. 947 – Opel-Werk I	20150423	20150492
12.02.2015	Private Wachdienste in den Flüchtlingsunterkünften	20150500	20151284
19.02.2015	Neues Mobiliar im Rat der Stadt Bochum	20150311	20150898
05.03.2015	Lichtquellen im Stadtpark	20150636	20151033
10.03.2015	Mängelmelder auf der Website der Stadt Bochum	20150695	20151270
10.03.2015	Errichtung eines zentralen Betriebsstandortes für den Technischen Betrieb	keine Nr.	mündlich
11.03.2015	Bisherige Nutzung von Schulräumen in der unterrichts-freien Zeit	20150639	ohne Nr.
19.03.2015	Abschiebungen in Bochum	20150722	20151006
19.03.2015	Zwangsräumungen in Bochum	20150723	20151475
14.04.2015	Brückenerneuerung Universitätsstraße (Brücke A448) 2018/2019 in Planung, Opel-Querspange, jetzt A448	20151032	20151236
14.04.2015	Hans-Schalla-Platz – Mündliche Anfrage zu Mitteilung 20150893	keine Nr.	mündlich
23.04.2015	Anerkannte Kosten der Unterkunft und Heizung	20151094	20152109
28.04.2015	Anfrage zum Bebauungsplan Nr. 946 – Ehemaliger Bahnhof Weitmar	keine Nr.	20152338
07.05.2015	Eingruppierungsvorschriften und Entgeltordnung für die Beschäftigten in Sozial- und Erziehungsdiensten	20150958	20151340

Datum	Thema	Anfrage	Antwort
07.05.2015	Grundsteuerbefreiung von Religionsgemeinschaften im Grundsteuergesetz	20151200	20152100
07.05.2015	Strafanzeigen der Oberbürgermeisterin	20151060	20152146
24.06.2015	Auswirkungen der Haushaltssperre auf den Bezirk Mitte	20151727	20151943
24.06.2015	Auswirkung der Haushaltssperre auf die Freie Kulturszene	20151721	mündlich
25.06.2015	Einsparungen der Stadt Bochum bei den Kita-Elternbeiträgen während des Streiks der Sozial- und Erziehungsdienste	20151345	20152166
25.06.2015	Spenden von städtischen Tochterunternehmen an die „Stiftung Bochumer Symphonie“	20151811	mündlich
27.08.2015	Baufortschritt Musikforum	20152215	mündlich
27.08.2015	Betreuungsgeld („Herdprämie“)	20152066	20152187
27.08.2015	Ehrenbürgerschaften in Bochum	20152301	20152843
27.08.2015	Krankenstand, Mehrarbeit, Belastungsanzeigen bei der Stadt Bochum	20151845	20152739
03.09.2015	Sturmschäden	20152419	20152710
30.09.2015	Gehwegsicherung Tippelsberger Straße in Höhe der Hausnummern 50 – 56	20152546	20152896
30.09.2015	Kunstrasenplatz beim DJK TuS Hordel	20152588	20152917
29.10.2015	Kosten der Unterkunft, Ausschreibung der Erstellung eines „grundsicherungsrelevanten Miet- und Betriebskostenspiegels“	20152980	20153199
29.10.2015	Bauarbeiten auf der unteren Kortumstraße	20153011	20153309
04.11.2015	Nahversorgung in Hofstede und Riemke	20152462	mündlich
05.11.2015	Angebote von Leerständen zur Unterbringung von Geflüchteten	20153088	20160945
02.12.2015	Angebote von WG-Zimmern zur Unterbringung von Flüchtlingen	20153265	20153412
17.12.2015	Sonntagsöffnungszeiten Voraussetzungen des § 6 Abs. 1 LÖG NW	20153456	(20160133)
19.01.2016	Strategiepapier Mobilität	20160174	20160337
27.01.2016	Geplantes Outsourcing der Flüchtlingsunterbringung	20160254	20160798
27.01.2016	Rassistische und extrem rechte Straftaten in Bochum in den Jahren 2009-2015	20160001	20160422
18.02.2016	Einziehung der VBW-Geschäftsanteile	20160383	mündlich
18.02.2016	Haushaltspläne	20160681	20160736
18.02.2016	Umzugsangebote an Geflüchtete	20160313	20161204

Datum	Thema	Anfrage	Antwort
25.02.2016	Bevölkerungsstatistik der Stadt Bochum	20160539	mündlich
25.02.2016	Notsituationen in Bochumer Flüchtlingsunterkünften	20160594	20161209
01.03.2016	Förderung des Radverkehrs	20160519	20160796
17.03.2016	Kommunalinvestitionsförderungsgesetz: Keine Förderung Bochumer Krankenhäuser	20160806	20161125
17.03.2016	Überführung der Opel Berufsausbildung in eine zukunftsfähige Lernfabrik	20160807	20161050
07.04.2016	Markierung Im Storksfield 3	20160983	20162001
12.04.2016	Ausstattung von in der Stadt angemieteten Wohnungen zur Flüchtlingsunterbringung	20161010	noch offen
12.04.2016	Berichte über diskriminierende Vermietungspraxis bei der VBW – Bauen und Wohnen GmbH	20161009	20161350
19.04.2016	Bauausführungsplanung zum Kreuzungsbereich Universitätsstraße/Sheffieldring	20161078	20161131 20161323
28.04.2016	Genehmigung von Beschlüssen der Gesellschafterversammlungen der Holding für Versorgung und Verkehr (HVV) und der Stadtwerke Bochum Holding	(nicht öffentlich)	20161445
18.05.2016	Polizeieinsatz am 1. Mai 2016	20161315	20161525
25.05.2016	Abschiebungen in Bochum	20161449	20161917
25.05.2016	Sonntagsöffnungszeiten: Voraussetzungen des § 6 Abs. 1 LÖG NW	20161448	20161917
31.05.2016	Fahrradweg auf der Hans-Böckler Str.	20161494	noch offen
09.06.2016	Öffnungszeiten und Sperrzeitverkürzungen bei der Fußball-EM 2016	20161544	20161555
21.06.2016	Umstellung der Frauenhaus-Finanzierung auf ein Pauschalmodell	20161647	noch offen
22.06.2016	Ausbau des Bochum-Passes	20161648	noch offen
30.06.2016	Einschränkung der Grundrechte auf Meinungs- und der Pressefreiheit durch die Stadt Bochum	20161740	20161952
30.06.2016	Freifunk in Bochum und Internetzugang in den Geflüchtetenunterkünften	20161646	noch offen
07.07.2016	Fußgängerüberweg im Kreisverkehr Stadionring / Küpperstraße (Theodor-Heuss-Platz)	20161787	noch offen
01.09.2016	Europäische Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR)	20162192	noch offen
01.09.2016	Stromsperrungen bei den Stadtwerken Bochum	20162193	noch offen
01.09.2016	Zwangsräumungen in Bochum	20162193	noch offen
01.09.2016	Umgang der Stadt mit anerkannten Flüchtlingen	20162301	noch offen

Anträge der Linksfraktion

Datum	Thema	Vorlage
25.06.2014	Kein Fracking auf Bochumer Stadtgebiet	20141103/1
25.06.2014	Aufnahme des Tagesordnungspunkts „Haushaltssperre“ zur Rats-sitzung am 26.06.2014	
25.06.2014	Resolution: Für ein solidarisches und weltoffenes Bochum	20141112
03.07.2014	Keine Räume für Pro NRW und NPD	
23.10.2014	Ablehnung von TTIP, CETA und TiSA durch den Rat	20141977
03.02.2015	Einführung des Rats-TV	20161041
26.02.2015	Erhöhung der Unterstützung für Aidshilfe Bochum e.V. und Selbst-hilfegruppe für Krebsbetroffene e.V.	20150568
11.03.2015	Mittelstandsfreundliche Vergabe	20150684
20.03.2015	Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Bochum	20150851
16.04.2015	BürgerInnenfreundlicher Haushaltsplan	20151053
06.05.2015	Abschiebungsforderungen zurückweisen / Flüchtlingsschutz in NRW	20151269
02.06.2015	Kommunales Wohnungsbauprogramm für Bochum	20151555
10.06.2015	Erstattung der Elternbeiträge für die Streik-Zeit	20151629
29.07.2015	Keine Flüchtlingsunterkunft auf Friedhof	20152021
30.09.2015	Lärmaktionsplan für den Ballungsraum Bochum: Umweltfreundli-chen und ressourcenschonenden Verkehr fördern!	20152670
15.10.2015	Gefährliche Fälle für Radfahrer*innen am Opelring vermeiden	20152438
23.10.2015	Ergänzungsantrag zu Beschlussvorlage 20152161: Autofreies Quartier in der Wielandstraße	20152906
12.11.2015	Kosten der Unterkunft: Kein „grundsicherungsrelevanter Mietspie-gel“ ohne politische Beschlüsse	20152966/1
18.02.2016	Ankauf von Gesellschafteranteilen der VBW Bauen und Wohnen GmbH	20160311
18.02.2016	Beitritt zur Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR)	20160312
18.02.2016	Flüchtlingsunterbringung: Alle Unterkünfte menschenwürdig gestal-ten	20160459
18.02.2016	Unabhängige Beschwerdestelle für Geflüchtete	20160463
25.02.2016	Feststellung grundsicherungsrechtlich angemessener Heizkosten / Gegen Zweckentfremdung des Heizkostenspiegels	20160538
08.03.2016	Sofortige Kündigung der Schachtelbeteiligung an der RWEB-KG (neu) zum 30.04.2016 und Verkauf der RWE-Aktien	20160684

Datum	Thema	Vorlage
20.04.2016	Bochumer Symphoniker: Günstige Tickets für Menschen mit wenig Geld statt für Ratsmitglieder (Änderung der Entgeltordnung)	20161092
30.06.2016	Sofortmaßnahmen zur bürger*innenfreundlichen Sicherung der Arbeit der Bürgerbüros	20161607
30.06.2016	Wohnen in Bochum – sozial, kommunal und bezahlbar!	20161768

Wir stellen uns vor

Die Linksfraktion im Bochumer Rat



Sevim Sarialtun, Fraktionsvorsitzende
Behindertenpflegerin

- Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Mitglied im Wahlprüfungsausschuss
- Mitglied im Beirat der Beratungsstelle Verbraucherzentrale NRW
- Mitglied im Aufsichtsrat der SBO – Senioreneinrichtungen der Stadt



Ralf-D. Lange, Fraktionsvorsitzender
PR-Referent

- Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss
- Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse Bochum
- Mitglied im Aufsichtsrat Holding für Versorgung und Verkehr (HVV)



Gültaze Aksevi, Ratsmitglied
Krankenpflegerin

- Mitglied im Integrationsrat
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Sprecherin für Antirassismus und Migrationspolitik der Fraktion



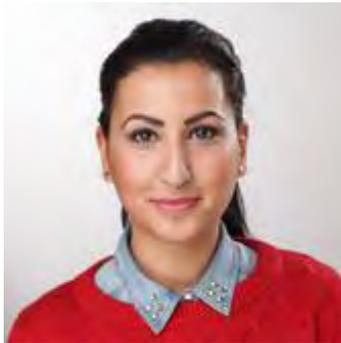
Horst Hohmeier, Ratsmitglied
EDV-Techniker und Kaufmann

- Mitglied im Ausschuss für Beteiligung und Controlling
- Mitglied im Ausschuss für Planung und Grundstücke
- Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung
- Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss
- Mitglied Genossenschaftsversammlung Emschergenossenschaft, Gesellschafterversammlung EGR, Aufsichtsrat Stadtwerke Holding, Verwaltungsrat Schauspielhaus

Bezirksvertretung Mitte



Sven-Eric Ratajczak
Mechaniker und Schweißer



Mehtap Yildirim
Bürokauffrau

Bezirksvertretung Nord



Dr. Theo Ciochon
Dozent und Linienbusfahrer

Bezirksvertretung Ost



Sevim Kaplan
Freie Journalistin



Benny Krutschinna
Student

Bezirksvertretung Südwest



Wahed Tofik
Betriebsrat, Kälte- und Klimamonteur

Bezirksvertretung Süd



Can Duman
Student

Weitere Gremienmitglieder



Michael Schmeichel
Sachkundiger Bürger im Ausschuss
für Infrastruktur und Mobilität



Sabine Lehmann
Sachkundige Bürgerin im Ausschuss
für Infrastruktur und Mobilität



Benny Krutschinna

Sachkundiger Bürger im Ausschuss
für Schule und Bildung



Andrea Klotz

Mitglied im Frauenbeirat
Mitglied im Beirat des Stadtarchivs /
Zentrum für Stadtgeschichte



Sven-Erik Ratajczak

Sachkundiger Bürger im Ausschuss
für Sport und Freizeit



Wahed Tofik
Sachkundiger Bürger im Betriebsausschuss
für die Eigenbetriebe



Can Duman
Sachkundiger Bürger im Ausschuss für Kultur



Dr. Theo Ciochon
Mitglied im Seniorenbeirat

- **Dorothee Schmidt**, Sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- **Günter Gleising**, Sachkundiger Bürger im Ausschuss für Strukturentwicklung, Mitglied im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung Bochum Holding
- **Rolf Geers**
Sachkundiger Bürger im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie

Anmerkung: Auf der Liste der Partei DIE LINKE ebenfalls in den Rat eingezogen ist Dschamilja Heider. Im Oktober 2015 ist sie überraschend aus der Linksfraktion ausgetreten und schloss sich später der Wattenscheider UWG an. Aufforderungen des Kreisverbands der LINKEN, ihr Mandat an die Partei zurückzugeben, kam Dschamilja Heider nicht nach. Ebenfalls aus der Bochumer LINKEN ausgetreten ist Bernd Udo Heider, der über die Liste der Partei in die Bezirksvertretung Wattenscheid gewählt worden war. Auch er kam der Aufforderung nach einem Rücktritt nicht nach.

Geschäftsstelle



Anke Pfromm
Geschäftsstellenleiterin



Amid Rabieh
Geschäftsstellenleiter



Rolf van Raden
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Kontakt

DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum

Rathaus Raum 49
Willy-Brandt-Platz 2-6
44777 Bochum

Telefon: (0234) 910 – 1295 / -1296
Fax: (0234) 910 – 1297
E-Mail: linksfraktion@bochum.de

Sprechzeiten der Geschäftsstelle:

Montags 12:00 bis 17:30 Uhr
Dienstags – Donnerstags 10:00 bis 15:00 Uhr

Für Presseanfragen:

Rolf van Raden, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: (0234) 910 1916
E-Mail: presse@linksfraktionbochum.de

Offene Bürger*innensprechstunde

Montags von 16:30 bis 17:30 lädt die Bochumer Linksfraktion zu ihrer offenen Sprechstunde ein. Im Rathaus, Zimmer 49, steht jeweils ein Ratsmitglied für Fragen, Anregungen und Kritik zur Verfügung. Wir freuen uns in unserer Sprechstunde auf persönliche Begegnungen, können aber auch unter 0234 - 910 12 95 angerufen werden.

Internet & Social Media

- WWW: linksfraktionbochum.de
- Facebook: facebook.com/linksfraktion.bo
- Twitter: [@linksfraktionbo](https://twitter.com/linksfraktionbo)

Newsletter

In unserem E-Mail-Newsletter informieren wir über unsere Arbeit im Rat, in den Ausschüssen und über weitere wichtige Entwicklungen in Bochum. Abonnieren Sie ihn jetzt auf unserer Homepage:

- linksfraktionbochum.de/newsletter

Von A bis Z: Index

A

Abschiebungen · 34, 35, 43, 44, 63, 65, 66
 ADFC · 25, 56
 AfD · 33
 AGFS · 53
 Aidshilfe Bochum e.V. · 15, 66
 ALGII · 22, 49
 Alte Wittener Straße · 45
 Am Beisenkamp · 56
 Amnesty International · 25
 Antidiskriminierungsarbeit · 34
 Antirassismus · 69
 Arbeitskämpfe · Siehe Streik
 Arbeitsverdichtung · 28
 Asylrechtsverschärfung · 43
 Auf dem Esch · 46
 Ausbeutung der indigenen Bevölkerung · 31
 Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales · 68, 69, 75
 Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität · 72
 Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie · 75
 Ausschuss für Kultur · 74
 Ausschuss für Schule und Bildung · 73
 Ausschuss für Sport und Freizeit · 73
 Ausschuss für Strukturentwicklung · 75
 Autofreies Quartier · 54, 55, 66

B

BAFÖG · 13
 Bahnhof Weitmar · 63
 Bauarbeiten · 64
 Bebauungsplan · 63
 Belastungsanzeigen · 64
 Berufsbildungsmesse · 58
 Beschwerdestelle · Siehe Unabhängige Beschwerdestelle
 Bessemerstraße · 56

Beteiligungspolitik · 26
 Betreuungsgeld · 64
 Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe · 74
 Bevölkerungsstatistik · 65
 Bewirtschaftungsverfügung · 26
 BezirksschülerInnenvertretung · 58
 Bezirksvertretung Mitte · 70
 Bezirksvertretung Nord · 70
 Bezirksvertretung Ost · 71
 Bezirksvertretung Süd · 72
 Bezirksvertretung Südwest · 71
 Bildungs- und Verwaltungszentrum · Siehe BVZ-Abriss
 Bleiberecht · 34
 Bochum Perspektive 2022 · Siehe Opel, Siehe Opel
 Bochumer Appell · 35
 Bochumer Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit · 35
 Bochumer Bündnis gegen Rechts · 25
 Bochumer Forum für Antirassismus und Kultur · 25
 Bochumer Friedensplenum · 58
 Bochumer Veranstaltungs-GmbH · 59
 Bochumer Verein · 61
 Bochum-Pass · 22, 65
 Braunkohle · 32
 Brückstraße · 57
 Bundeswehr · 58
 Bündnis Flucht ist kein Verbrechen · 34
 Bürger*innensprechstunde · 77
 Bürgerantrag · 36
 Bürgerbüros · 67
 BVZ-Abriss · 27, 29

C

Carsharing · 54
 Container · 9, 10, 44, 47

D

DaSKuT · 35
Deutsche Annington · *Siehe* Vonovia
DFG-VK · 25
DGB · 38
DHL · 28
Die Rechte · 40
Diskriminierung · 10, 41, 65
Dolchstoßlegende · 36

E

Ehrenbürgerschaften · 36, 64
Einbrüche · 40
Einzelfallprüfungen · 43
elektronische Gesundheitskarte · *Siehe*
Gesundheitskarte
Elternbeiträge · *Siehe* Kita-Beiträge
Empfang der sozialen Bewegungen · 59
Energie- und Klimaschutzkonzept ·
Siehe Klimaschutzkonzept
Energieberatungen · 15
Entgeltordnung · 63
EU-Abschottungspolitik · 34
European Homecare · 29, 48
Existenzminimum · 50

F

Facebook · 77
Fahrrad · *Siehe* Radverkehr
Fahrradweg · *Siehe* Radverkehr
Flüchtlinge · *Siehe* Geflüchtete
Flüchtlingsrat · 50, 60
Flüchtlingsunterbringung · *Siehe*
Geflüchtete
Flüchtlingsunterkünfte · *Siehe*
Geflüchtete
Fracking · 66
Fraktionsvorsitze · 33
Fraktionsvorsitzende · 3, 27, 36, 38,
59, 68
Frauenbeirat · 61, 73
Frauenhaus · 13, 65

Freie Kulturszene · 22
Freifunk · 46, 65
Friedenplenum · 25

G

Gartenbauausstellung · *Siehe* IGA Ruhr
2027
Gaspistole · 33
Geflüchte · 49
Geflüchtete · 10, 26, 28, 33, 34, 36,
40, 43, 46, 48, 49, 50, 51, 52, 60,
63, 64, 65, 66
Gersteinring · 52
Geschäftsordnung des Rats · 66
Geschäftsstelle · 76, 77
Geschäftsstellenleiterin · 76
Gestapo · 61
Gesundheitskarte · 45
GEW · 58
Gewerkschaften · 15, 21, 28, 31
Ghettoisierung · 47
Gleichstellungsstelle · 34
Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel
· 14, 64, 66
Grundsteuerbefreiung von
Religionsgemeinschaften · 64

H

Handlungskonzept Wohnen · 9, 10
Hannibal-Center · 21
Hans-Böckler-Straße · 57
Hans-Schalla-Platz · 63
Hartz IV · 11, 49
Haupt- und Finanzausschuss · 68
Haushalt · 64
Haushaltsloch · 27
Haushaltspolitik · 26
Haushaltssicherungskonzept · 27
Haushaltssperre · 64, 66
Heizkosten · 14, 66
Herdprämie · *Siehe* Betreuungsgeld
Hindenburg, Paul von · 36
Hitler, Adolf · 36

Holding für Versorgung und Verkehr ·
65, 68
Hooligans · 33

I

IGA Ruhr 2027 · 23
Im Storksfeld · 65
Industriezelte · 9, 10, 45, 46, 47, 48
Integrationsrat · 69
Internet · 46, 65, 77
Iskenderun · 31

J

JeKi/JeKits · 23
Jugendamt · 27, 58

K

Katar · 31
Kennzeichen verfassungswidriger
Organisationen · 38
Kinderarbeit · 31
Kita-Beiträge · 15, 64, 66
Klimaschutzkonzept · 55
Kollegstraße · 45, 48
Kommunaler Wohnungsbau · 10, 44,
50
Kommunales Wohnungsbauprogramm ·
66
Kommunalinvestitionsförderungsgesetz
· 65
Kommunalisierung · 11, 32
Königsallee · 55
Kontakt · 77
Konzerthaus · 24, 64, 67
Körperverletzungen · 38
Kortumstraße · 37
Kosten der Unterkunft · 49, 63, 66
KPD · 61
Krankenstand · 27, 64
Kulturpolitik · 22
Kürzungshaushalt · 27

L

Ladenöffnungsgesetz · 21
Lärmaktionsplan · 55, 66
Lastenrad-Verleihstation · 54
LEA · *Siehe* Zentrale
Landesaufnahmeeinrichtung (LEA)
Leerstand · 46, 64
Lehrer*innen · 17
Lernfabrik · 65
Lewacker Straße · 47
Livestream der Ratssitzungen · *Siehe*
Rats-TV
Logistik-Unternehmen · 28

M

Mängelmelder · 63
Mark 51°7 · 28
Massenunterbringung · 10, 47, 50
Mehrarbeit · 64
Meinungsfreiheit · 65
Menschenkette · 34, 35
Mieterverein · 14
Mietpreise · 10
Mietspiegel · 14
Militarismus · 41
Mindanao · 31
Mittelmeer · 34
Mobilität · *Siehe* Verkehr
Modulbauten · 47
Moltke, Helmuth Karl Bernhard von ·
41
Moltkemarkt · *Siehe* Springerplatz
Musikforum · *Siehe* Konzerthaus
Musikzentrum · *Siehe* Konzerthaus

N

Nahversorgung · 64
Neonazis · 37, 40
Neueinstellungen · 28
Newsletter · 78
Nordbad · 47
NPD · 66

NSDAP · 61
NSU · 41

O

Öffentlicher Dienst · 17
Oldschool Society · 40
Opel · 28, 63, 65
Opelring · 66
Outsourcing · 28, 31, 48, 64

P

Paipa · 31
Parkstraße · 56
Pegida · 35
Personalabbau · 27
Personalmangel · 28
Polizei · 36, 37, 38, 40, 43, 65
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit · 76,
77
Pressefreiheit · 65
Privatisierung · 20, 27, 28, 31
Pro NRW · 66
Provinzialstraße · 28

Q

Querenburger Straße · 48

R

Rabatte für Ratsmitglieder · 25
Radschnellweg RS1 · 56
Radverkehr · 53, 54, 55, 56, 65, 66
Rassismus · 33, 34, 35, 38, 40, 41, 64,
66
Rats-TV · 60, 66
Raubüberfälle · 40
Rechte Gewalt · 38, 40
Rechte Straftaten · 38
Rechtsruck · 35
Rechtsterrorismus · 40
Refugee Strike Bochum · 34
Reichswehr · 36

Resolution · 66
Röhlinghauser Straße · 47
RuhrCongress · 58
Ruhr-Park · 21
RWE · 29, 30, 32, 54, 66

S

Sanierungsstau · 27, 31
Schröder, Christine · 61
Schulbetreuung · 14
Schulgebühren · 14
Schulräume · 63
Schulraum-Schließung · 25
Schweizer-Franken-Kredite · 30
Selbsthilfegruppe für Krebsbetroffene
e.V. · 15, 66
Semesterticket · 63
Seniorenbeirat · 74
Senioreneinrichtungen · 68
Sheffieldring · 65
Sonntagsöffnung · *Siehe*
Verkaufsoffene Sonntage
Sonntagsöffnungszeiten · *Siehe*
Verkaufsoffene Sonntage
Sozial- und Erziehungsdienst · 15
Sozialamt · 27
Sozialkürzungen · 14
Sozialpolitik · 13
Sozialwohnungen · 9, 10
Sparen durch Investieren · 31
Sparkasse · 68
Sprechzeiten · 77
Springer, Karl · 41, 61
Springerplatz · 41
Stadtbücherei · 27
Städtekoalition gegen Rassismus · 41
Stadtpark · 63
Stadtparkviertel · 54
Stadtspiegel · 41
Stadtwerke · 18, 31, 32, 65
Steag · 31, 32, 63
Strafanzeigen · 64
Straftaten · 64
Straßennamen · 61
Streik · 15, 17, 64, 66

Stromsperrern · 18, 63
Studieninstitut · 27
Sturmschäden · 64
Symphonie · *Siehe* Konzerthaus
Symphoniker · *Siehe* Konzerthaus

T

Technischer Betrieb · 28, 31, 63
Telekom-Komplex · 27
terre des hommes · 58
TiSA · 20
TreffPunkt Asyl · 34
TTIP · 20, 66
Twitter · 77

U

Übergangsheimähnliche Unterbringung
· 50, 51
Umverteilung · 35
Umweltzerstörung · 31
Unabhängige Beschwerdestelle · 49,
66
UNESCO · 41
Universitätsstraße · 63, 65
Unterbringung in Wohnungen · 49
Unterbringungs- und
Betreuungskonzept · 47, 50
Untersuchungshaft · 40

V

Vattenfall · 32
VBW · 11, 51, 64, 65, 66
ver.di · 16, 17

Verbraucherzentrale · 68
Vereinigung der Verfolgten des
Naziregimes · *Siehe* VVN-BdA
Verfassungsschutz · 41
Verkaufsoffene Sonntage · 21, 64, 65
Verkehr · 53, 54, 55, 56, 64
Volkshochschule · 27
Volksverhetzung · 38, 40
Vonovia · 11
VVN-BdA · 25, 36, 61

W

Wahlprüfungsausschuss · 68
Warnstreik · *Siehe* Streik
WG-Zimmer · 52
Wielandstraße · 54
Wirtschaftsförderung · 75
Wissenschaftlicher Beirat des
Stadtarchivs · 73
Wochenmärkte · 28, 41, 63
Wohnberechtigungsschein · 9
Wohncontainer · *Siehe* Container
Wohnungseinbrüche · *Siehe* Einbrüche
Wohnungspolitik · 9, 10, 11, 12, 67
Wuppertaler Straße · 47

Z

Zelthallen · *Siehe* Industriezelte
Zentrale Landesaufnahmeeinrichtung
(LEA) · 26, 33, 52
Zwangsräumungen · 11, 63
Zweckentfremdungssatzung · 12

